

Überbeter Volksbote

Organ für die Interessen der werthigen Bevölkerung

Der „Überbeter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher, Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgefaltene Westseite oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 203.

Freitag, den 30. August 1918.

25. Jahrg.

Auf dem Dornenwege des Friedens.

Der Nationalrat der französischen Sozialdemokraten hat die Abgeordneten beauftragt, „eine kräftige parlamentarische Aktion zu führen und selbst bis zur Verweigerung der Kriegskredite zu gehen“. Diese äußerst scharfe Opposition ist hervorgerufen durch die Weigerung der französischen Regierung, Auslandsanleihe für eine internationale Sozialistenkonferenz zu bewilligen, durch die Unterstützung der russischen Gegenrevolution seitens der Entente und schließlich durch den Verdruss der französischen Sozialdemokraten über die Zurückweisung von Friedensvorschlägen, „die einer ersten Prüfung wert waren“.

Albert Thomas erklärt schon jetzt in der „Humanite“, sich einem solchen Beschluß nicht zu fügen. Er beruft sich auf die Entschiedenheit des Parteitag von Bordeaux, der die Ablehnung von Kriegskrediten nur zuläßt, wenn die Regierung imperialistische Ziele verfolgt oder verräterisch handelt. Am Clemenceau aber zu sitzen, sei die Verweigerung der Kriegskredite nicht nötig, deren Bewilligung als das sichtbarste Symbol des Willens zur Landesverteidigung zu betrachten sei und nicht leichtfertig verweigert werden dürfe.

Es steht der deutschen Sozialdemokratie nicht an und könnte nur schädlich wirken, einen Rat zu erteilen oder ein Urteil zu fällen, ehe nicht der französische Parteitag aus eigenem Entschluß gesprochen hat. Allein auf einen Umstand darf verwiesen werden: Viele ausländische Genossen wurden vor dem Kriege nicht müde, auf das Mißverhältnis zwischen der organisatorischen Stärke und dem politischen Einfluß der deutschen Sozialdemokratie zu verweisen und als leuchtendes Vorbild die französische Sozialdemokratie zu nennen, deren Parteivertrere unendlich kleiner als die deutschen seien, die aber einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik ihres Landes ausüben.

Von diesem Einfluß war während des Krieges wenig zu spüren. Die Sozialisten jenseits der Vogesen waren zwar im Kabinett vertreten, konnten aber der offiziellen Politik nicht den Stempel ihrer Überzeugung aufdrücken, ja mußten es erleben, daß ihr hervorragendster Vertreter, Albert Thomas, ganz ins Schlepptau der Politik eines Poincare und Ribot genommen wurde, und das so sehr, daß er seine Fraktion von den österreichischen Friedensanträgen im Jahre 1917 nicht unterrichtete und gegen die konterrevolutionäre Haltung der Entente in Rußland nicht Stellung nahm. Es ist wahrhaftig nicht zu viel gesagt, daß die französischen Genossen die geistige Selbständigkeit in dem kritischsten Augenblick ihres Landes verloren. Nur so ist es möglich geworden, daß den sozialdemokratischen Fraktionsführern die Auslandsanleihe verweigert werden und ein Friedensversuch, wie der österreichische des Jahres 1917, glatt unter den Tisch fällt.

Dieser Tage ist in dem berühmten Wiener Volksbundesverlag eine Schrift „Auf dem Dornenwege des Friedens“ erschienen, die die Tätigkeit des Grafen Czernin und die aktive Teilnahme des österreichischen Kaisers und seines Schwagers, des Prinzen Sixtus, an den Friedensversuchen warm verteidigt. Die Schrift wendet sich an die breiten Massen der Bevölkerung Österreichs und versucht um des lieben Erfolges willen nicht eine häufige derbe Sprache und den gelegentlichen Appell an den niedrigen Instinkt, hinter jeder scharfen Opposition den Einfluß des englischen Propagandaministers Northcliffe zu wittern. Aber von diesen etwas börsartigen Eigenschaften abgesehen, ist die Broschüre doch von einiger Bedeutung: einmal, weil sie ein klares Bild über die Kontroverse Czernin-Clemenceau gibt, und dann, weil sie in der autoritativen Form die Verächtlichkeit mit demonstrativer Absicht öfters wiederholt. Es steht heute fest, daß alle Friedensaktionen Österreich-Ungarns, insbesondere die, mit welcher Prinz Sixtus von Parma beauftragt wurde, sich nicht nur unter der Leitung des verantwortlichen österreichisch-ungarischen Ministers Grafen Czernin vollzogen, sondern in gleicher Weise Deutschland bekannt waren. Das muß genügen, um auch die professionellen Schwarzseher zu bekehren. In Deutschland ist das Gegenstück behauptet worden, während in Frankreich vielfach hinter dem österreichisch-französischen Unterhaltungen einschießen. Und eine Einzelheit in den Friedensbesprechungen war schließlich der berühmte Kaiserbrief mit der ominösen Stelle über Elsass-Lothringen, über dessen Rechtfertigung sich die Broschüre ausführlich verweilt.

Weit wichtiger aber als alle diese Darlegungen mit ihrem persönlichen Einschlag und Interesse ist die Aufnahme, die die ganze Aktion bei der französischen Regierung fand, für die von der Schrift in eindrucksvoller Zusammenfassung Zeugnisse angeführt werden, deren Vollständigkeit auch der ehrgeizigste Franzose nicht gelassen lassen muß.

Präsident Poincare berichtete in einem Briefe an Ribot über seine Unterhaltungen mit Ribot. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“, De-H., der wegen seiner

gibt unter Bürgschaft der Richtigkeit als Antwort Poincares aus dem Briefe des Präsidenten an Ribot an:

Prinz Sixtus habe den Auftrag erhalten, dem Kaiser hinsichtlich seiner Erklärung über Elsass-Lothringen mitzuteilen, daß es für Frankreich nicht auf den staatsrechtlichen Zustand Elsass-Lothringens von 1871 ankomme; was Frankreich verlange, sei das Elsass von 1840 und 1790 mit dem Saarial, ferner Wiederherstellungen und Sicherungen auf dem linken Rheinufer.“

Dess versicherte, daß Lloyd George bei einem zweimaligen Besuch des Prinzen Sixtus in London für die Friedensvorschläge gewonnen wurde, daß ihre Annahme aber an dem Widerstand Poincares und Sonninos scheiterte, der fürchtete, seine Ansprüche auf Südtirol und die österreichischen Adrialänder herunterzuschrauben zu müssen.

Wie eine angefehene englische Persönlichkeit Dess mitteilte, habe Lloyd George geraten, den Weg zu betreten, der seine diplomatischen Kenntnisse und seine diplomatische Einsicht ehre. Es würde ein Fehler sein, sagte er, Österreich und Italien über ihre Gebietsfragen allein verhandeln zu lassen, da die Unterhandlungen dann entschieden festlaufen würden. Das, worauf es ankomme, sei, Deutschland zu besiegen, wenn es halbtartig bleibe. Leider scheine Lloyd Georges fester Entschluß, es in Paris weitzu, unter dem Einfluß Poincares und Ribots ins Wanken gekommen zu sein. Zum Schluß habe Lloyd George sich zurückgegeben, da Sonnino sich entschieden und steif einem Abkommen mit Österreich widersetzte. Behält man diese Tatsachen im Auge, so war es also doch nicht unbegründet, wenn Prinz Sixtus, wie „Manchester Guardian“ schreibt, nach seiner zweiten Londoner Reise einen rosig gefärbten Brief über Frankreich und England an den Kaiser richtete. Hoffnung war entschieden vorhanden; erst bei der Reise Lloyd Georges nach Paris ging sie in Trümmer.

Und der französische Sozialdemokrat Cachin schrieb in der „Humanite“ wörtlich:

„Seiner traditionellen Politik entsprechend, hat sich auch England mit Wien auseinandergesetzt. General Smuts wurde zweimal in die Schweiz geschickt, um sich dort mit dem Grafen Mensdorff zu besprechen. Kurze Zeit darauf versuchte eine andere hervorragende englische Persönlichkeit, die Lloyd George nahe steht, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Auch die belgische Regierung interessierte sich für diese Aktion sehr. Wir haben eine Annäherung gesucht und uns in Unterhandlungen eingelassen, wir haben mehrere Male die Angel ausgeworfen und die Besprechungen fortgesetzt. Zwischen Madrid und Paris wurden gleichfalls Verbindungen hergestellt. Clemenceau hat mit einem Schlage die ganze Politik seiner Vorgänger und Verbündeten umgestürzt. Für seine Kriegspolitik bis zum Neuesten ist das ein Erfolg; aber auch ein Erfolg für Frankreich?“

Diese Frage ist nur allzu berechtigt. Vielleicht daß Clemenceau jetzt nach den unumkehrbaren Erfolgen Marshall's doch sogar einen Teil der Sozialisten an seine scheinbar erfolgreichen Fahnen bindet, und möglich sogar, daß unter diesen Eindruck der französische Parteitag die radikalsten Beschlüsse des Nationalrats abmildert, aber haben Poincare und Clemenceau wirklich Erfolge erzielt, die keinen Krieg bis zum Neuesten rechtfertigen? Selbst wenn die deutsche Front nach zehn oder zwanzig Kilometer weiter zurückgedrängt würde, wären Poincare und Clemenceau ihrem Ziele näher. Deutschland den Frieden diktieren zu können? Sind nicht bisher alle Erfolge doch negativ, erschöpfen sie sich nicht darin, eine durchschlagende Aktion der deutschen Heeresleitung zu verhindern? Ist nicht Cachin durch die Ereignisse hundertmal gerechtfertigt, wenn er die fergewisse Frage aufwirft, ob die Kriegspolitik Clemenceaus mit ihren unendlichen Opfern für das fast verblutete Frankreich auch ein Erfolg ist, der den Einsatz lohnt?

An der französischen Partei liegt es nun, sich selbst und das Parlament wieder zu jener Geltung zu bringen, ohne die der Kampf gegen die geheime Diplomatie eitel Humbug ist.

Fortdauer der großen Schlacht im Westen.

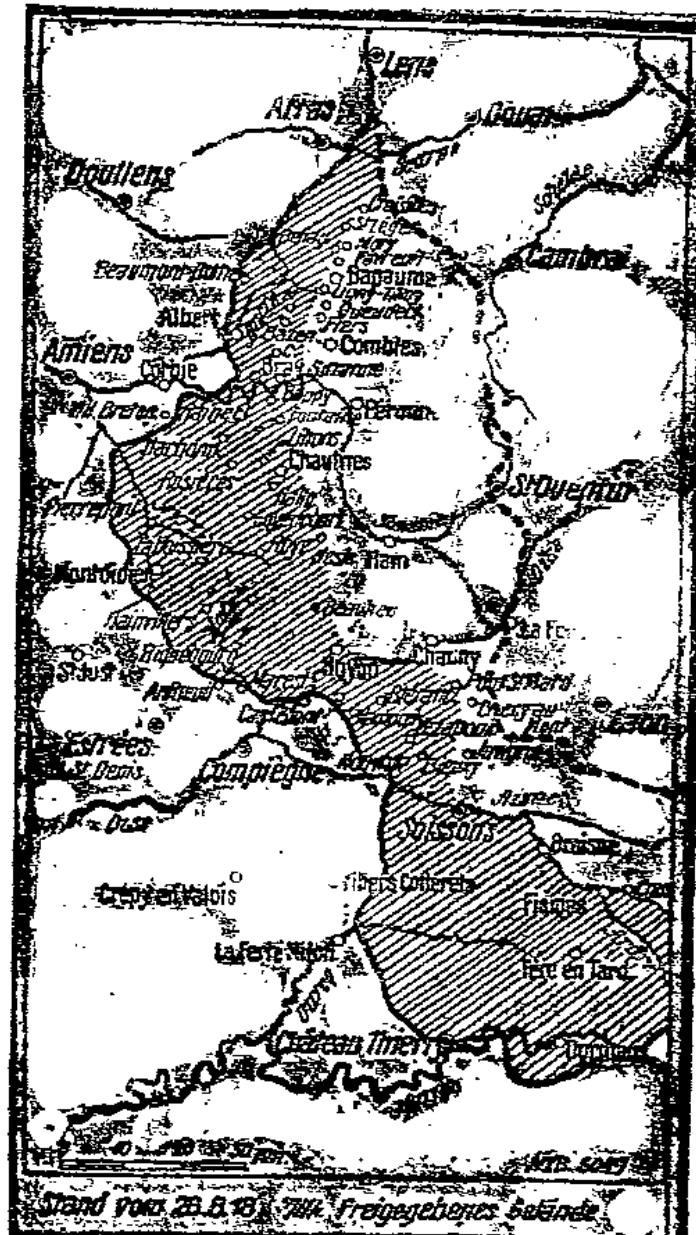
WTB. meldet: Die große Schlacht im Westen dauert mit unveränderter Heftigkeit an und zwingt den Feind, tagtäglich seine durch die blutigen Kämpfe gelähmten Verbände frisch aufzufüllen. Den Engländern brachte auch der achte Großkampftag trotz ihrer Massenangriffe an keiner Stelle nennenswerten Erfolg. Die Eigenart der Kämpfe bringt es mit sich, daß die Engländer nie wissen, ob die Deutschen gewillt sind, ihre Angriffe anzunehmen, oder kampflöslich wertloses Gelände preiszugeben. In längst von den Deutschen aufgegebenen Abschnitten fühlen die Engländer nur vorichtig nach und lassen sich halbe Tage von schwachen deutschen Patrouillen mit wenigen Maschinengewehren aufhalten. Andererseits prallen sie mit Kolonnen gegen vorbereitete deutsche Stellungen und erleiden im Feuer der Maschinengewehre und Lauerbatterien schwere Verluste. Das wenige, was die Deutschen in der Sommerwilde während ihres letzten Durchmarsches neu bauten, wird planmäßig gestört. Kunstbauten, Bahnen und Straßen werden gleich Unterständen gesprengt. Die Hauptlast der Kämpfe um diese für uns bedeutungslose Einöde tragen nach wie vor die australischen Divisionen; sie alle sind zwischen der Somme und Chaulnes oft sogar zum zweiten und dritten Male eingesetzt worden. Südlich Chaulnes mußten bereits die Franzosen die Engländer abdrängen.

Ebenso wenig Erfolg wie die britischen Truppen, hatten am 28. August die mit Unterstützung der Amerikaner angreifenden

Franzosen nördlich der Aisne. Der Masseneinsatz in Serien von Hunderten während des vergangenen Jahres fertig gestellter Panzerwagen sollte die Erfolge sichern. Es zeigt sich jetzt, daß die auf die Tanks gesetzten großen Hoffnungen sich nicht erfüllen. Die deutsche Verteidigung wird der Sturmwagen täglich besser Herr. Infanterie, Tankabwehrgeschütze und Kraftwagenflaks haben sich in Abwehr und Erledigung des neuen feindlichen Kampfmittels zusehends vervollkommenet.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 29. August, abends. Südlich Arras haben sich am Nachmittage neue Kämpfe entzündet. Botschafter vor unseren neuen Linien: Ostlich Bapaume—Petronne—östlich Honon. Infanteriekämpfe an der Ailette. Zwischen Ailette und Aisne sind besonders harte Angriffe von Franzosen und Amerikanern unter schweren Verlusten für den Feind völlig gescheitert. Bisher sind mehr als 50 zerstörte Panzerwagen gemeldet worden.



Die gegnerischen Heeresberichte.

Englischer Bericht vom 27. August. Am Montag nachmittags und abends fanden südlich Marcourt und Bapaume und auch nördlich davon schwere Kämpfe statt. Der Feind griff wiederholt mit starken Kräften an; wobei er große Verluste durch unser Feuer erlitt, aber unsere Fortschritte nicht hindern konnte. Engländer und Wäcker führten durch Marcourt längs des großen Höhenrückens, nahmen den Hochwald und erreichten Comqueneul, hier warf uns ein heftiger Gegenangriff um sechs Uhr abends gegen Bagatin le Grand und den Hochwald zurück. Auf dieser Linie brachen wir den Angriff des Feindes und beim Wiedervorgehen setzten wir uns fest; dann Hochwald fest. In früher Nacht machte der Feind zum zweiten Male einen Gegenangriff, wurde aber durch Schützengraben zurückgedrängt. Bevor er unsere Stellungen erreichte, Nordlich vom Hochwald mußte der Feind zweimal einen Gegenangriff und drückte in der Nähe Digny-Valloz unsere Angreifstruppen 400 bis 500 Yards zurück, wo keine Infanterie aufgehalten und zurückgetrieben wurde. Nordlich der beiden Seiten der Somme, namentlich gegen Dompierre und östlich Suzanne fort. Auf dem linken Flügel der Schlachtfrent nahmen Kommande nachmittags den Rücken östlich Maricourt und setzten sich östlich Chemagne fest. Nördlich der Somme erneuerten die Schotten ihren Angriff in der Nacht und machten in Richtung auf Plouvin Fortschritte. Die Zahl der seit dem Wägen des 21. August gemachten Gefangenen übersteigt 21 000.

Englischer Bericht vom 28. August, morgens. Gestern nahmen unsere Truppen südlich der Somme Bapaume, das der Feind mit Maschinengewehren sehr gehalten hatte. Nördlich der Somme griffen wir an und nahmen einen größeren Teil des Franzen-Rades, wobei wir eine Anzahl Gefangene einer preussischen Garde-Division machten. Südlich der Somme verbesserten Truppen der 1. Armee ihre Stellungen. Nördlich der Straße Arras-Cambrai und westlich der Kanäle von Somme und Bataillon-Koldebane. Nördlich der Somme waren heftige feindliche Gegenangriffe gegen unsere Linien längs der Bahnlinie Arras-Douai ungesagt, die unsere vorgehenden Truppen um einige Hundert Yards zurückdrückten, bis zu den alten deutschen Gräben auf dem Grandfont-Bügel, wo der feindliche Angriff unter unserm Feuer zusammenbrach. Die britischen Truppen führten gestern eine erfolgreiche feindliche Umfassung hinter der Straße Neuf-Berquin-Ghaves aus, südlich des Kanals auf einer Front von etwa drei Kilometern vor und machten eine Anzahl Gefangene.

Englischer Bericht vom 28. August, abends. Südlich der Somme fechten die australischen Truppen die Verfolgung des Feindes kräftig fort. Wir erreichen die allgemeine Linie Jossens-Hebecourt. Der Feind leistet dem Uebergang über den Fluss bei Brie und Veronne erbitterten Widerstand. Nördlich der Somme nahmen unsere Truppen nach heftigen Kämpfen Carth und Hardecourt und rückten in der Gegend von Maucapas vor. Zwischen Bapaume und der Scarpe dauerte unser Angriff heute fort. Wir rückten überall vor. Das Dorf Croisilles, wo der Feind hartnäckigen Widerstand geleistet hatte, wurde von den Londoner Truppen überflügelt und befindet sich jetzt in unserem Besitz. Die englischen Truppen fechten die Kämpfe südlich von Fontaine-les-Croisilles fort. Nach heftigen, den ganzen Tag über andauernden Kämpfen vertrieben die kanadischen Truppen den Feind aus mehreren stark befestigten Stützpunkten und bedeutenden Grabensystemen. Sie eroberten die Dörfer Boiry-Notre-Dame und Beloeux. Wir machten Gefangene. Wir hoben unsere Linien nördlich von Locou vor.

Französischer Bericht vom 28. August, nachmittags. Im Laufe der Nacht fechten unsere Truppen, die mit den feindlichen Nachhut die Frühling ausreißt erhalten, ihren Vormarsch nördlich und östlich der Aisne fort. Wir besetzten Chaulnes, Omécourt, Bassat, Roigise und Verpilleries. Weiter südlich drangen wir in das Gehölz von Cropeaumesnil ein und nahmen Dives. — Heute morgen fechten wir unsern Vormarsch gegen die Somme fort. Wir haben nördlich der Aisne die allgemeine Linie Licourt-Bothe-Mesnil-le-Petit-Nesle erreicht. Seit gestern wurden etwa 26 Dörfer zurückerobert. Der in demselben Zeitraum durchgeführte Vormarsch beträgt auf gewissen Punkten ungefähr 12 Kilometer.

Französischer Bericht vom 28. August, abends. Im Laufe des Tages fechten unsere Truppen die Verfolgung des Feindes fort, der seinen Rückzug vor unseren stützenden Truppen auf einer Front von ungefähr 20 Kilometern sehr beschleunigt. Wir erreichten die Höhen des linken Somme-Ufers von Clagnocourt bis in die Gegend östlich von Nesle. Nördlich der Aisne eroberten wir Sazoy, Pont l'Evêque, Baucelles und Barquericourt. Unser Vormarsch an diesem Tage überstieg seit heute morgen an einigen Stellen 10 Kilometer. Etwa 50 Ortschaften wurden zurückerwonnen. Unter dem bedeutenden Material, das vom Feinde zurückerlassen wurde, fanden wir drei mit Kriegsmaterial beladene Züge. Wir machten 500 Gefangene.

Amerikanischer Bericht vom 28. August. Nördlich der Aisne rückten unsere Truppen in Verbindung mit den Franzosen bis zur Eisenbahnlinie westlich von Juvisy vor und machten 200 Gefangene. Längs der Weste zwangen örtliche Angriffe des Feindes unsere vorgeschobenen Abteilungen, Bazouche und Neslette zu räumen.

Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über den Inhalt der neuen deutsch-russischen Ergänzungsverträge, die auf deutscher wie russischer Seite noch der Ratifikation bedürfen, u. a.:

Der Ergänzungsvertrag zum Brest-Litovener Friedensvertrag ist dazu bestimmt, eine Reihe politischer und militärpolitischer Fragen zu regeln, die hauptsächlich dadurch entstanden sind, daß die Beziehungen zwischen den beiden Verbänden zu den Randvölkern noch ungeklärt sind. Der Vierbund konnte sein Interesse den jungen Staatswesen nicht verlagern, die ihm als erste die Friedenshand bieten.

Die Vorgänge bei der Loslösungsbewegung der Randstaaten erforderten offene Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland. Dabei mußte sich die deutsche Regierung eins mit dem deutschen Volke in dem Grundgedanke, eine gewaltsame Abtrennung des bisher russischen Gebietes weder zu veranlassen, noch zu unterstützen. Dieser Grundgedanke, der in dem Ergänzungsvertrag ausdrücklich niedergelegt wurde, sichert Rußland auch für die Zukunft die Möglichkeit, seine inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen, und erscheint so als ein Fundament, auf dem jede russische Regierung, die nicht Krieg mit Deutschland will, bauen kann und bauen muß.

Unter den Randstaaten stehen Livland und Estland im Vordergrund des deutschen Interesses. Es ergab sich im Ergänzungsvertrag die verbindliche Lösung, welche die Selbstständigkeit der baltischen Länder festlegt, aber der russischen Volkswirtschaft durch die Sicherung von Handelswegen und Einräumung der Freihäfen die Tür nach der Ostsee für alle Zukunft offen hält.

Unter den im Brest-Litovener Frieden noch nicht berückichtigten staatl. Neubildungen machte Georgien auf dem Wege zur inneren Festigung bemerkenswerte Fortschritte. Es gelang, Rußlands Zustimmung zu der von diesem Staate begehrten Anerkennung zu erlangen. Für die übrigen Staatenbildungen im Kaukasus waren ähnliche Zustände, wie für Georgien, von Rußland in dem Vertrage nicht zu erlangen. Die russische Regierung überließ auf die Sicherung des Bakugebietes mit seiner reichen Kohlenquellen allergrößten Wert. Ihrem Wunsch konnte sich Deutschland um so weniger entziehen, als Rußland die Verpflichtung übernahm, einen Teil der Kohlenabgabe für den Bedarf Deutschlands und seiner Verbündeten zur Verfügung zu stellen.

Nach den Bestimmungen des Finanzabkommens sollen die gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Zusatzvertrag durch Bankguthaben abgegolten werden. Rußland hat unter Anrechnung der entsprechenden deutschen Verpflichtungen an Deutschland noch sechs Milliarden Mark zu zahlen, wovon eine Milliarde voraussichtlich von der Ukraine und von Finnland übernommen werden wird. Die Bankalisierung schließt auch die Vergütung für die Verluste in sich, die die Deutschen durch die von der russischen Revolutionsregierung bis zum 1. Juli 1918 angeordneten Enteignungsmaßnahmen erlitten. Für die Herausgabe der beiderseitigen Sanktions- und Kontingentskontingente wurde eine besondere Regelung vorgesehen. In Uebereinstimmung mit den Vorschlägen, in erster Linie der beteiligten Kreise, ist die Abhebung der Depots und Guthaben zunächst zwei Staatskommissionen übertragen worden, welche die Anträge der Berechtigten und sodann die eingezogenen Vermögenswerte an bestimmten Terminen austauschen sollen.

Die weiteren Bestimmungen des Finanzabkommens verfolgen den Zweck, gewisse Verbindlichkeiten, die infolge des russischen Revolutionsgesetzes zwischen den beiderseitigen Wirtschaftssystemen entstanden sind, zunächst auszugleichen. Es handelt sich dabei zunächst um die sozialistische Enteignungsgebarung. Deutschland hat sich verpflichtet, die Enteignungsgebarung zugunsten Deutschlands auszuheben und, daß völlige Schadloshaltung der betreffenden Deutschen gesichert ist. Demgegenüber wird die Enteignung von Vermögenswerten in Rußland unter der Voraussetzung anerkannt, daß sie allen In- und Ausländern gegenüber gleichmäßig durchgeführt wird, daß die deutschen Berechtigten in jedem einzelnen Falle sofort durch unparteiische Japaner schlichtende Kommissionen erhalten. Eine allgemeine Beschränkung der russischen Staatsangehörigen, die über in Rußland befindlichen Bankguthaben verfügen, dürfte nicht dazu führen, daß russische Schuldner zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Gläubigern angetrieben sind. Deshalb wurde vereinbart, daß die Beschränkung insoweit nicht Platz greift,

als das Bankguthaben zur Befriedigung der vor dem 1. Juli 1918 entstandenen deutschen Forderung verwendet werden soll. Mit Rücksicht auf die teilweise Aufhebung der Erbschaft in Rußland ist vorgesehen worden, daß die deutsch-russische Nachlasskonvention vom Jahre 1874 solange in Geltung bleiben soll, als die erbrechtlichen Anordnungen der russischen Regierung in Kraft bleiben. Das Privatrecht abkommen behandelt die Rechtsverhältnisse aus Wechseln, Schecks und Bauleihgeschäften, gewerbliche Schutzrechte und Verjährungsfristen. Daneben ist für alle wichtigen vor Kriegsausbruch begründeten Privatverhältnisse zwischen den Deutschen und Russen eine internationale Gerichtsbarkeit vereinbart, die den Zweck hat, die Streitigkeiten aus diesen Rechtsverhältnissen möglichst rasch zu entscheiden und die zugleich dabei auftauchenden schwierigen Fragen internationalen Rechts nach einheitlichen Grundregeln zu lösen. Diese Gerichtsbarkeit soll durch zwei internationale Gerichte mit dem Sitz in Berlin und Moskau ausgeübt werden, die sich aus je einem deutschen Präsidenten, sowie je einem deutschen und einem russischen zusammensetzen, in erster und letzter Instanz entscheiden.

Was der Krieg bringt.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 29. August. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsjahresbericht.

In den Judarien bei Bezzeca und auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden Erkundungsgesichte. Sonst nichts von Belang.

Albanien.

Zwischen Janica und Bojusa, sowie im Südteil des Tonor-Gebirges hat der Feind erneut Stellung genommen.

Die Lage in Rußland

Die Sowjet-Regierung stellt der Entente Bedingungen.

Der Kommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, wandte sich an den holländischen Gesandten in Petersburg mit folgendem Telegramm:

Herrn Udenbitt.

Die Vorschläge, die von uns in Form eines Radiotelegramms an die Regierungen der Entente gerichtet und diesen durch Vermittlung eines neutralen Konsulats übergeben worden sind, lauten auf den Namen des Herrn Endley in Archangelst, da die Vertreter der Entente erklärt haben, nur kollektiv abreisen zu wollen. Der Inhalt dieser Vorschläge ist folgender:

Die Bürger der Entente, die diplomatische und konsularische Fraktionen bekleiden, werden nur unter der Bedingung die Erlaubnis zur Abreise erhalten, wenn unser Vertreter Litwinoff und alle russischen Bürger, die mit offiziellen Vollmachten ausgerüstet sind, nach Rußland zurückkehren können. Unter diesen ist besonders unser Agent in Christiania, Weitzlang, zu nennen, der auf seiner Rückreise nach Rußland in der Nähe von Murmansk von den Engländern auf dem Dampfer verhaftet und entführt wurde.

Die Offiziere und Soldaten der französischen Militär-Mission werden erst dann Rußland verlassen dürfen, wenn Frankreich es den russischen Soldaten, die es feinerzeit gewaltsam zurückgehalten hat, freigestellt, mit jeder sich bietenden Gelegenheit nach Rußland zurückzukehren. Hierbei wird Frankreich von dem internationalen Roten Kreuz und drei Vertretern des russischen Roten Kreuzes, denen zu diesem Zweck die Erlaubnis, französischen Boden betreten zu dürfen, erteilt werden muß, unterstützt werden.

Alle in Rußland aus Vorsicht internierten englischen und französischen Bürger, ausgenommen die Verbrecher, werden auf freien Fuß gesetzt werden. Jedoch stellen wir als Bedingung, daß weder jetzt noch später Repressalien im Okkupationsgebiete der Anglo-Franzosen und Tschecho-Slowaken sowie in den Ländern der Entente gegen die Anhänger des Sowjets angewandt werden.

Die Bürger der Entente werden Rußland verlassen dürfen, sobald es den russischen Bürgern, auch den Mitgliedern der englischen Armee, freigestellt wird, aus den Entente-Ländern abzureisen.

Tschitscherin.

Eine Protestnote.

Nach Meldungen von „Golos Niema“ überreichten die neutralen Staaten an die Sowjet-Regierung anlässlich der Massenverhaftungen von Offizieren in Moskau und Petersburg unter Androhung der Aufhebung des Asylrechts für die bolschewistischen Vertreter in den neutralen Ländern eine Protestnote.

Die Kampfberichte.

Die P. I. A. meldet: In Wladimirost erhoben sich Kosaken und Offiziere gegen die Sowjet-Regierung. Die ganze Arbeiterbevölkerung erhob sich wie ein Mann, um den Kampf gegen die Konterrevolution aufzunehmen. Die städtische Duma und die rechten Sozial-Revolutionäre erwiesen sich als konterrevolutionäre Organe. Im Augenblick ist der Aufstand niedergeschlagen. Die überwältigten Rebellen sind entflohen.

Reisete-Wachung vom nordkasachischen Kriegsjahresbericht. Im Süden verbessert sich unsere Lage zusehends. Unsere Truppen haben die Stadt Zekaterinard und die Station Tschorektscha besetzt.

In Turkestan, an der Front von Achabad, haben wir wiederum einen großen Sieg davongetragen. Bei Merw hat der Feind durch unsere Truppen bedeutende Verluste erlitten und über 2000 Mann verloren. Die desorganisierten Ueberreste der geflüchteten konterrevolutionären Banden sind auf Achabad zurückgewichen. Bei der Verfolgung treffen unsere Truppen auf zahlreiche zurückbleibende Feinde. Nachdem unsere Truppen auf dieser Front die Stadt Tedschen genommen haben, stoßen sie auf ihrem weiteren Vormarsch auf keinen Widerstand von seiten des Feindes. Wir haben die Operationen zur Vereinigung mit Kuchka begonnen. Nach Meinung des Hauptquartiers wird dieser Lage die Einnahme Achabads erwartet, was die Liquidierung des konterrevolutionären Aufstandes bedeuten würde.

Aus Wladimirost meldet Reuters: An der Ussuri-Front ist eine Bewegung eingetreten. Am 24. August haben alle alliierten Streitkräfte den Vormarsch angetreten und sind sehr weit vorgedrungen.

Die Kommandobehörden empfehlen dem militärischen Beirat, die Truppen der Generale Plehwan und Horvat zu entlassen. Ihr Rat wird wahrscheinlich befolgt werden.

Die Vorbereitung der Sozialisten-Konferenz in London.

Holländisch Newsbureau meldet aus Paris: „Daily News“ meldet vom Mittwoch: „Die ständige Kommission der sozialistischen Partei und des allgemeinen Arbeiterverbandes hielt Beratungsgespräche ab. Nachdem man die Reden Herderson und Bowerman besprochen hatte, drängte man darauf, daß die Konferenz, an der auch Compers sich beteiligen wird, in London stattfinden soll, wie anfangs geplant war. Dieser Vorschlag wurde

angenommen und weiter beschlossen, in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Arbeiterverband Delegierte nach London zu entsenden. Der Ausschuss des allgemeinen Arbeiterverbandes erklärte sich prinzipiell dafür, daß eine Konferenz stattfinden soll, stellt aber als Bedingung, daß die Grundlage der Besprechungen und die Einladung an die Delegierten genau dieselben sein sollten, wie es bei der interalliierten sozialistischen Konferenz in London im Februar der Fall gewesen war. Das bedeutet, daß der allgemeine Verband die damals gefassten Beschlüsse unterstützt und eine weitere Propaganda führen wird, mit dem Zweck, die Vertretung aller Gruppen in der Partei zu garantieren, so daß die Meinungen, die in der Konferenz zum Ausdruck gekommen sind, die Meinung von allen Sozialisten aller alliierten Länder sein wird.“

Die englischen National-Sozialisten.

Die Nationale Sozialistische Partei Englands hielt ihre erste Jahreskonferenz am 17. August in Stratford ab. Der Arbeiterabgeordnete William Thorne führte den Vorsitz. Er meinte, die Partei habe den richtigen Standpunkt im Kriege eingenommen, indem sie sich folgerichtig auf die Seite der Entente stellte. Sie hätte ihre Stellungnahme noch eifriger vertreten, wenn sie nicht durch finanzielle Schwierigkeiten behindert wäre.

Der Jahresbericht des Vorstandes hebt hervor, daß die Partei sich der britischen Arbeiterpartei angeschlossen habe, was um so nötiger sei, als ihr die Aufgabe zufalle, gegen den Pazifismus und Bolschewismus, der sich der Arbeiterpartei zu bemächtigen drohe, Front zu machen.

In der Diskussion sprach Hyndman, der ebenfalls die Tatsache betonte, daß die Nationale Sozialistische Partei mit großer Energie gegen den Pazifismus wirke.

Die Konferenz nahm einen Antrag des Vorstandes an, wonach es nicht wünschenswert sei, für den Völkerbund einzutreten, solange die deutschen Armeen und das militärische System nicht geschlagen sind.

Auf seiner Seite sich diese National-Sozialisten stellen wollen, ist ihre Sache, die uns nichts angeht. Daß aber Leute, die gegen den Frieden wirken, sich noch Sozialisten zu nennen wagen, ist eine Schande!

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 29. August. (Amtlich.)

Auf Dampferwegen zwischen Port Said und dem westlichen Mittelmeer vertrieben unsere U-Boote neuerdings über 17 000 Briten-Kriegs-Tonnen feindlichen Schiffsräume, darunter einen neuen englischen Dampfer von über 8000 Tonnen. Die Schiffe hatten Reis und andere Lebensmittelprodukte aus Indien für England geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wie der „B. 3.“ aus London gemeldet wird, sind zwischen dem 12. und 23. August zwei amerikanische Transportschiffe torpediert worden. Auf einem kamen 264, auf dem anderen 100 Soldaten ums Leben. Die Dampfer fuhrten beide in getrenntem Komvoi, worauf noch ein dritter Dampfer, der mit Munition und Lebensmitteln beladen war, torpediert wurde.

„Journal“ meldet aus Port Vendres: Ein U-Boot hat auf der Höhe Port Vendres einen ungenannten französischen Truppentransportdampfer versenkt. Besatzung und Truppen sind gerettet. Nur Sachschaden sei angerichtet worden.

Kleine Nachrichten.

Anlässlich der Verlegung des finnischen Gebietes durch englische Flieger hat die finnische Regierung durch die Gesandtschaft Englands und der übrigen Ententemächte Protest eingelegt und Aufklärung und Bestrafung der Schuldigen, sowie Schadenersatz für die Verletzungen gefordert. — Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen sind für einige Wochen vertagt, damit die Unterhändler Gelegenheit erhalten, sich mit ihren Regierungen persönlich in Verbindung zu setzen. — In Samara erfolgte die Eröffnung des Kongresses der Mitglieder der konstituierenden Nationalversammlung der Ukraine. Es waren 300 Mitglieder anwesend.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Beginnende Einkehr?

In einer Polemik gegen die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ schreibt die alldeutsche konservativere „Deutsche Tageszeitung“:

„Goldene Zeiten waren für unser deutsches Volk diese im durch das Schlagwort „Junfer- und Agardenerkrieg“ verelkten Jahre vor dem Kriege. In Süd und Nord vor ihm Ruhe zu tun würde der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ wohl antehen.“

Wenn die Herren Alldeutschen und Konservativen sich so sehr nach den „goldenen Zeiten“ vor dem Kriege zurücksehnen, warum haben sie dann jahrelang vor dem Ausbruch der jetzigen Weltkatastrophe den Krieg als den großen Jungbrunnen herbeigewünscht und dauernd mit dem Säbel gezischt? Oder beginnen sie allmählich Einkehr zu halten?

Ernährungsfragen.

Die Städte und der Schlachthandel.

Die vielbesprochene Angelegenheit des Neuköllner Magistrats ist nicht die einzige Quelle, aus der man weiß, daß die Städte von den Ernährungsstellen so mangelhaft versorgt werden, daß sie gezwungen sind, sich mit herumschlingenden Schiebern und Schlachthändlern einzulassen. Würden die Städte nur das verneinen, was ihnen vom Kriegsernährungsamt zugewiesen wird, (in Lübeck geschieht das, K. B. D. B.) so läge es um die Versorgung der städtischen Bevölkerung noch bedeutend schlechter aus. Ein Schlaglicht auf das Verhältnis zwischen den Städten und den Schlachthändlern warf eine Strafkammer, die vor dem Barmer Schöffengericht verhandelt wurde gegen die Ehefrau Wülfertmann und den Kaufmann Wiesemann. Die beiden waren angeklagt wegen Beschuldigung und Beleidigung gegenüber dem Polizei-Direktor Dr. Logemann. Sie hatten der Stadt Barmer im Frühjahr drei Waggons Speck, Del, Fett usw. zum Preise von 45 000 Mk. angeboten und die Bedingung gestellt, für jeden Wagon müßten 30 000 Mk. angezahlt und außerdem für jedes Pfund 50 Pf. als Schmiergeld für Eisenbahn- und Postbeamte bewilligt werden. Diese Schmiergeldforderung kam den Oberbürgermeistern, das Angebot abzulehnen. Nach einigen Wochen wiederholte der Angeklagte Wiesemann sein Angebot und machte dem Dr. Logemann gegenüber die Bemerkung, er solle 1600 Mk. haben, wenn das Geschäft abgeschlossen sei. Dr.

Logemann ging anheimelnd auf das Angebot ein, um im Einverständnis mit der Behörde den Hintermann des Engros-Schleifhändlers zu ermitteln. Es war die Mitangeklagte, Frau Wissemann.

Der Verteidiger der Angeklagten stellte die Behauptung auf, die Stadt Barmen habe ständig in großem Umfang Schleifhandel getrieben. Auf eine ersprachende Frage des Vorsitzenden verweigerte Dr. Logemann die Antwort. Ferner wurde festgestellt, daß Wiesemann Einkäufer für ein großes Werk in Barmen ist, daß er dem Dr. Logemann wiederholt Angebote gemacht und daß auch Dr. Logemann dem Wiesemann schon Waren für sein Werk angeboten hat. Die Angeklagte Wissemann wurde freigesprochen, Wiesemann dagegen zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Hafernährmittel — eine dringende Forderung für das kommende Wirtschaftsjahr.

Die Hafernernte wird viel besser werden als im Vorjahr. Der Wirtschaftsjahr für diese Getreideart wird demnach festgelegt werden. Es ist eine dringende Forderung, die im Interesse der Volksernährung erhoben werden muß, daß für das kommende Wirtschaftsjahr an Hafer für die menschliche Ernährung, insbesondere für unsere Kinder, bereitgestellt werden muß, was sich nur irgendwie ermöglichen läßt.

Der Grundhafer der Hafer zuerst den Pferden, dann erst den Menschen, hat keine Gültigkeit mehr. Wie wir unseren Organismus an die veränderte Lebensweise gewöhnt haben, so haben wir auch die Pferde an die „Kriegskost“ gewöhnt. Man hat in schwerarbeitenden Betrieben die Erfahrung gemacht, daß sich die Pferde an das Weizenfutter, an die Rübenschnitzel und an das Strohkräftfutter ganz besonders gut gewöhnt haben und bei gesteigerter Leistung wohlgenährt und gesund geblieben sind. Wir haben heute eine Meliorationsherde; auch die Rübenernte verpricht gut zu werden. Wenn dann der zu Hafernährmitteln nicht so sehr geeignete leichte Hafer den Pferden auch noch zugeführt werden würde, so würde für die menschliche Ernährung eine solche Menge Hafer frei, daß von einer ganz gewaltigen Verbesserung unserer Lebenshaltung, insbesondere unserer Kinder und Kranken für das kommende Wirtschaftsjahr gesprochen werden könnte.

Reichs- und Landesstellen haben die Wichtigkeit der Hafernährmittel für die menschliche Ernährung wohl erkannt, sie haben auch in den Jahren 1915 und 1916 die Industrie zur Erbauung und Vergrößerung der Hafernährmittelfabriken nach jeder Richtung hin ermuntert und unterstützt, so daß wir jetzt — gegen 20 Fabriken vor dem Kriege — über 150 Hafernährmittelfabriken in Deutschland zählen. Es fehlt nur der Hafer.

Wenn eine Körnerfrucht als Nahrungsmittel anzusprechen ist, so ist es der Hafer ob seiner Bekömmlichkeit und seiner hohen Nährkraft. In anderen Ländern, England und Amerika, sind die Haferprodukte seit alterer Zeit Nahrungsmittel. Wir können daher verlangen, daß auch in unserem Ernährungsplan auf dieses Nahrungsmittel mehr Rücksicht genommen wird wie bisher, daß vor allem der für den Hafer bisher geltende Grundhafer zuerst das Vieh und dann der Mensch, umgekehrt wird. Dabei muß verlangt werden, daß in erster Linie der zur Nahrungsmittelfabrikation geeignete Hafer — gerade der beste Hafer ist hierzu gut genug — für die menschliche Ernährung sichergestellt wird.

Wirtschaftliches.

Die Wohnungsfrage in England.

In England gibt es auch ein besonderes Ministerium des Wiederaufbaues, zu dessen Aufgabe es gehört, sich mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen. Wie die „Labour Gazette“ vom Juli berichtet, hat das Ministerium soeben ein Memorandum veröffentlicht, in welchem erklärt wird: Um dem durch den Krieg bis Ende 1918 verursachten Mangel an Wohnraum abzuhelfen, wird es nötig sein, im ersten Friedensjahr 250.000 Einfamilienhäuser zu bauen, zuzüglich von 75.000 Häusern für jedes Kriegsjahr nach 1917. Außerdem wird es nötig sein, in ländlichen Gegenden über der ihnen zufallenden Arbeit an neuen Häusern hinauszugehen und noch 50.000 Häuser zu bauen. Diese Ziffern sind Mindestforderungen. Das Memorandum empfiehlt, daß der Staat diese Neubauten übernimmt und die Mieter für die ersten fünf Friedensjahre festsetzt. Die Lokalbehörden sollen im Namen des Staates die Verwaltung dieser Häuser übernehmen. Da in den ländlichen Gegenden die Einnahmen von den Wohnungsmieter nicht hinreichen, die Bau- und Unterhaltskosten zu decken, so sollen die Mieter gesteigert und gleichzeitig für eine Lohnerhöhung des ländlichen Arbeiters gesorgt werden.

Nach dem Memorandum wird schätzungsweise angenommen, daß der Bau von 300.000 Häusern eine Gesamtausgabe von ungefähr 100 Millionen Pfund Sterling (2 Milliarden Mark) beanspruchen würde. Ober ungefähr soviel, wie England in 14 Kriegstagen verpulvert.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 30. August.

Die Lilien auf dem Felde.

Meine letzte Hofe geht ihrer Auflösung entgegen. Wenn sich die ganze Welt auflöst, warum soll dann eine Hofe mehr Haft und Festigkeit zeigen?

Wäre Bekanntheit in der Welt und Baumwolle in Deutschland, so hätte der Fall nichts weiter auf sich. Man kauft eben eine neue Hofe. Aber das geht heute nicht so einfach. Ein ganz gemeines Exemplar dieses notwendigen Bekleidungsstückes kostet jetzt schon mehr, als ein anständiger Mensch, der von den Einkäufen seines Kopfes lebt, in einer Woche verdient.

Eine schöne Hoffnung haben sie dieser Lage begraben. Wochenlang tauchten in der Presse geheimnisvolle Andeutungen über das Ende der Textilnot auf. Die chemischen Laboratorien wollten eine Hafer gefunden haben, die uns von der Baumwolle unabhängig macht. Sie gaben diesem Ersatzstoff den schönen Namen „Stapelfaser“ und versprachen die prächtigsten Anzüge und Hosen aus dieser Hafer.

Jetzt stellt sich heraus, daß die Erfindung noch einen Haften hat. Man kann die Stapelfaser nicht waschen. Um sie waschbar zu machen, braucht es wieder einiger Chemikalien, die nicht auf deutschen Brombergheden wachsen.

Was ist da zu tun? Ich kann meine Hofe nicht hindern, daß sie in Staub zerfällt. Ich kann aber auch nicht nach im deutschen Vaterlande herumlaufen. Das dulden Klima und Moral nicht.

Kun stellt zwar in der Bibel das schöne Wort von den Lilien auf dem Felde, deren jede herrlicher gekleidet ist als der König Salomo in aller seiner Pracht. Was hilft das aber mir?

Es wird wohl noch so weit kommen, daß man uns von Reichswegen mit Farbe vom Kopfe bis zu den Füßen anstreicht. Unsere Farbenindustrie ist sehr leistungsfähig. Dieser Anstrich kostet weniger als ein Anzug und tut den gleichen Dienst. Schließlich geht es auch, wenn wir den Bezugsschein als Feigenblatt benötigen.

Dann passen wir erst richtig in das Paradies dieser Zeit, wenn wir auch äußerlich Adamiten geworden sind.

Der amtliche Kriegsbericht.

M. B. Großes Hauptquartier, 30. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Scoeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Boehn. Vorstoßkämpfe beiderseits der Sype und nördlich der Scarpe. Südöstlich von Arras wurden Infanterie- und Panzerwagen des Feindes beim Anmarsch auf das Schlachtfeld von Artillerie und Schützengräbern gefaßt. Gegen Mittag nahm der Feind seine Angriffe wieder auf. Der Schwerpunkt lag gestern südlich der Scarpe, Arras und Cambrai. Den aus Cherish und Fontaine heraus und gegen Hendecourt mehrfach anstürmenden Feind schlugen wir in hartem Kampf zurück. Weiter südlich drang der Engländer in Bullecourt und Riencourt ein. In dem Grabengeweir und Trichterfeld früherer Schlachten spielten sich hier erbitterte Kämpfe ab. Riencourt wurde dem Feinde wieder entzogen. Auch der Ostteil von Bullecourt ist wieder genommen. Am Nachmittag dehnte der Feind seine Angriffe bis nordwestlich von Bapaume aus. Sie brachen meist schon in unserem Feuer zusammen. Aus St. Veger und Morg heraus griff er fünfmal vergeblich an. Zahlreiche Panzerwagen wurden vernichtet.

Nördlich der Somme haben wir in Verbindung mit den südlich des Flusses ausgeführten Bewegungen die Verteidigung in die Linie östlich von Bapaume und nordwestlich von Peronne verlegt. Der Feind ist gestern ögernd über Bapaume-Combles (Maurepas) gefolgt. Zwischen Peronne und der Dose Infanteriegefechte auf dem Weiser der Somme und des Kanals. Starke Angriffe, die der Feind südöstlich Mesle und über Royon heraus gegen unsere Linien nordöstlich der Fronten führte, wurden abgewiesen.

An der Milette faßte der Franzose westlich von Folenbray in geringer Tiefe auf dem östlichen Ufer Fuß. Zwischen Milette und Aisne nahm er im Verein mit Amerikanern seine Angriffe wieder auf. Zwischen Pont St. Mard und Chanignv stürmte er seit frühem Morgen gegen unsere Linien an. Panzerwagen führten immer wieder von neuem die dichte Angriffs wellen der Infanterie vor. Magdeburgische, hannoversche, hüringische und Garde-Regimenter brachten die mit doppelter Uebermacht geführten schweren Angriffe des Feindes völlig zum Scheitern. 72 Panzerwagen wurden zerstört. Unteroffizier Croppmeyer, Gefreite Maiste und Schlottau der 1. Maschinen-Gewehr-Kompagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß haben gemeinsam 5 Panzerwagen vernichtet. Vom Infanterie-Regiment Nr. 165 wurden 20 Panzerwagen zerstört. Der Franzose hat hier gestern eine schwere Niederlage erlitten. Seine Verluste waren ungewöhnlich hoch. Wir machten Gefangene von 10 verschiedenen Divisionen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

U-Boot-Erfolge.

Berlin, 30. August. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden von unseren U-Booten und 16 500 Brutto-Reg.-Ton. versenkt, darunter durch Artilleriegefecht eine U-Boot-Flotte in der Gestalt eines Seglers. Der Chef des Admiraltabes der Marine.

Persönlichkeitsausweise bei Eisenbahnfahrten.

Die seit längerer Zeit zum Schutze unseres Wirtschaftslebens und der militärischen Maßnahmen gegen Betätigung persönlicher Agenten einzurichteten Eisenbahnüberwachungsstellen haben sich als außerordentlich zweckmäßig für die Sicherheit des Reiches erwiesen. Die erstrebten Ziele würden sich jedoch, worauf wir wiederholt hinzuweisen ersucht werden, in noch größerem Umfange erreichen lassen, wenn alle Reisenden sich ganz allgemein dessen bewußt würden, daß sie die schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit der Eisenbahnüberwachungsstellen wesentlich fördern könnten, indem sie selbst nach Möglichkeit die Festhaltung ihrer Persönlichkeit erleichtern. Dies kann dadurch geschehen, daß sich jeder Reisende für jede Reise mit Papieren versehen, die über seine Persönlichkeit ausreichenden Aufschluß geben. Als solche kommen in Betracht: Urkunden über die Ernennung zum Beamten, Standesamtliche Urkunden, besonders mit einem Abbild des Inhabers versehene Papiere, wie Postausweise, Kraftfahrersführerbescheinigung usw. Die Vorlegung eines Passes oder eines Paßbuches kann von deutschen Reisenden zwar vorläufig noch nicht verlangt werden, wer jedoch im Besitze eines solchen Papierses ist, wird sich naturgemäß am besten durch dessen Vorlegung ausweisen. Abgesehen davon, daß die Reisenden durch ein den vorgeschriebenen Erfordernissen angepaßtes Verhalten zu ihrem Teil an der Durchführung der zur Sicherheit des Reiches getroffenen Maßnahmen mitwirken, handelt sie auch in ihrem eigenen Interesse, wenn sie die von den Militärbehörden erlassenen Ausweisvorschriften mäßig erfüllen, da die Eisenbahnüberwachungsstellen berechtigt sind, Reisende, die sich nicht ausreichend über ihre Person ausweisen, in Haft zu nehmen, bis die Persönlichkeit einwandfrei festgestellt ist.

Wiedereingliederung von Kriegsbeschädigten.

Kriegsbeschädigte, die bereits im Genusse einer Rente sind und aus dem Heere entlassen wurden, können jederzeit wieder eingezogen und zu militärischen Diensten verwendet werden. In diesem Falle rügt die Rente in Höhe des militärischen Dienstverdienstes, mit der neuerlichen Entlassung tritt die Rente von selbst wieder in Kraft. Ist während der Wiedereingliederung eine Verschlimmerung des Rentenlebens eingetreten oder ist eine neue Dienstbeschädigung eingetreten, wodurch sich der Grad der Erwerbsunfähigkeit erhöht hat, dann muß eine Erhöhung der Rente beantragt werden. — Kriegsbeschädigte, die zu mehr als 50 Prozent erwerbsbeschädigt sind, sollen nicht wieder eingezogen werden; da aber ein absolutes Verbot der Wiedereingliederung nicht besteht, so kann sehr wohl auch ein bewährter Kriegsbeschädigter wieder eingezogen werden.

Auch die Bediensteten der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft wünschen einmalige Teuerungszulagen.

Eigentlich müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Verwaltungen der Privatbahnen ihren Bediensteten dieselben Einkommensverbesserungen gewähren wie sie die Staatsbahnenbediensteten von Zeit zu Zeit erhalten. Das ist nun leider nicht der Fall. Die Bediensteten der Privatbahnen stehen in ihrem Arbeitseinkommen durchweg erheblich hinter den Staatsbediensteten zurück. So erhalten z. B. Streckenarbeiter bei der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft gegenwärtig einen Höchstlohn von 5,80 Mark pro Tag. Während der Dauer des Krieges wurde nur eine einmalige Teuerungszulage von 10 Mark bewilligt. Seit dieser Zeit sind zwei Jahre vergangen, ohne daß eine nennenswerte Zulage gewährt worden ist. Am 1. Februar 1918 erhielten die volljährigen Arbeiter eine 10prozentige Zulage, die für Güterbodenarbeiter, Wagennotierer und Wagenführer den Tagelohn auf 5,80 Mark steigerte. Für die Kofferträger beträgt der Lohn 3,65 Mark pro Tag. Zu diesen Löhnen kommt eine monatliche Teuerungszulage von 26 Mark für Ehegatten, 20 Mark für ledige und 6 Mark für jedes Kind unter 15 Jahren. Da diese Einkommensverhältnisse zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, müßte der Verwaltung längst klar geworden sein und sie hätte jetzt, wo die Staats-

bediensteter eine einmalige Zulage erhalten. Ihren Bediensteten dieselbe Wohlthat bereiten müssen. Da die Verwaltung heute noch keine Erklärung darüber abgegeben hat, in welcher Weise sie gedenkt, die wirtschaftliche Lage ihrer Bediensteten erträglicher zu gestalten, so gestatten wir uns, sie an ihre selbstverständliche Pflicht zu erinnern. Vielleicht erinnert sich auch der zuständige Minister der öffentlichen Arbeiten an seine Rede, die er am 11. März d. Js. im Abgeordnetenhause gehalten hat und die folgende Stelle enthält:

„Richtig ist, daß sich der Minister der öffentlichen Arbeiten um die Befolgung der Beamten bei den Privat- und Kleinbahnen zu kümmern hat. Soweit meine Aufsichtsbefugnisse auf diesem Gebiete gehen — sie sind nicht unbeschränkt — geschieht es und wird auch in Zukunft geschehen.“

Es wäre an der Zeit, daß der Herr Minister von seiner Aufsichtsbefugnis entsprechenden Gebrauch macht und die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft veranlaßt, erträgliche Befolgungsverhältnisse mit Einschluß einmaliger Teuerungszulagen festzusetzen.

Verbilligung der Zigaretten. Der Bundesrat soll die Abtät haben, der Zigarettenindustrie die Ermächtigung zu erteilen, bis zur Zigarettenherstellung bis zu 50 Prozent Erlaß für Tabak zu verwenden. Dadurch soll nicht nur eine Streckung der vorhandenen Vorräte auf mehrere Jahre, sondern auch eine Herabdrückung des Kleinverkaufspreises der billigen Sorte auf etwa 5 Pfg. für das Stück erreicht werden.

Es ist nach den Erfahrungen mit den Tabakmischungen mehr als fraglich, ob den Zigarettenrauchern durch diese Verbilligung und „Streckung“ eine Freude gemacht wird!

Erhöhung der Fährgebühren. Für das Ueberfahren mittels der Fährte nach der Wallhaalbinfelde vom 1. September ab 8 Pfg. pro Person gezahlt werden. Bei der Einzelfahrt sind vom gleichen Tage ab an Fährgebu zu zahlen: 1. für eine Person 5 Pfg., 2. für eine Person mit einer Schiebkarre oder einem Fahrrad oder einem Kalbe oder einem sonstigen Stück Kleinvieh 12 Pfg. Während der Nachtzeit (von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens) erhöht sich der Fahrpreis zu 1 auf 15 Pfg., zu 2 auf 25 Pfennig. Die gleichen Beträge sind auch für die Benutzung eines etwa hergestellten Eisüberganges zu zahlen. Das Fährgebu für die Straßfährte beträgt: 1. für eine Person 3 Pfg., 2. für eine Person mit einem Fahrrad 6 Pfg., 3. für eine Person mit einem Kinderwagen oder einer Schiebkarre, oder einem Kalb, Schaf oder einem sonstigen Stück Kleinvieh 8 Pfg. Während der Nachtzeit (von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens) erhöht sich der Fahrpreis für eine Person (Ziffer 1) auf 10 Pfg., im übrigen auf 15 Pfg. Die gleichen Beträge sind auch für die Benutzung eines etwa hergestellten Eisüberganges zu zahlen.

Ludendorff-Spende. Dem Ausschuss für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte wurde eine Spende des Herrn Direktor Otto Peters, Düsseldorf, in Höhe von 1000 Mark überwiesen.

Hanja-Theater. Man schreibt uns: Nachdem am Sonnabend die Kämpfe im Hanja-Theater ihren Abschluß finden, wird am Sonntag eine Variete-Gesellschaft einziehen, welche ein in jeder Beziehung reichhaltiges, großstädtisch zu nennendes Programm bringt. Wir verweisen wegen des näheren auf das Inserat sowie auf die Plakate an den Anschlagtafeln. Der Vorverkauf der Einlaßkarten findet in gewohnter Weise an den bekannten Verkaufsstellen und an der Theaterkasse des Hanja-Theaters statt.

Kampfe im Hanja-Theater. Gestern abend rangen Winger (Hamburg) gegen Saurer (Bayern), Sieger: Saurer, 6 Min. — Entschheidungskampf: Elliot (Schweiz) gegen Markussen (Wettmeister), Sieger: Markussen, Gesamtzeit: 70 Minuten.

Zirkus Ad. Straßburger trifft Dienstag hier mittels Extrazuges ein und gibt abends 8 Uhr seine große Eröffnungsvorstellung. Dem Zirkus geht ein sehr guter Ruf aus allen Städten, wo er war, voraus. Daraus ist zu ersehen, daß wirklich Gutes geleistet wird.

Hamburg. Die Werften und der Krieg. Zu den Werften, die im Kriege Riesenbeschüsse erzielen, gehört auch Blohm u. Bosh. In die Besizer der Vorzugsanteile soll wieder eine Dividende von 5 1/2 Prozent und auf die Stammanteile eine Dividende von 7 Prozent gegen 6 Prozent im vorigen Jahre verteilt werden. Die Abrechnung gibt keinen Aufschluß über die Umsätze des Unternehmens; auch der Rohgewinn wird nicht angegeben. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist nur den Betriebsüberschuss abzüglich allgemeiner Unkosten mit 11.018.582 Mk. gegen 8.888.647 Mk. im vorigen Jahre und 6.047.417 Mk. bezw. 5.258.134 Mk. in den vorhergehenden Jahren auf. Nach Absetzung der Zinsen auf Vorrechts-Anleihe, Verschreibungen und Kriegshilfe bleibt ein Ueberschuß von 7.688.274 Mk. gegen 5,6 bezw. 4,1 bezw. 3,7 Millionen Mark in den vorhergehenden Jahren und nach Berücksichtigung der Abschreibungen mit 4,88 bezw. 3,22 bezw. 2,56 bezw. 2,43 Millionen Mark stehen als verteilbarer Reingewinn 2.747.885 Mark zur Verfügung gegen 2,38 bezw. 1,53 und 1,37 Millionen Mark in den Vergleichsjahren. Davon erhalten die Sonder-Rücklage 400.000 (270.000) Mk., gesetzliche Rücklage 400.000 (400.000) Mk., die Aktionäre 1.250.000 (1.250.000) Mk., für Vergütungen werden 653.339 (488.486) Mk. abgesetzt und auf neue Rechnung vorgetragen 44.047 (68.497) Mk. Von der Betriebsentwidelung erhält man einen Gewinn aus den Angaben der Bilanz, die in Arbeit begriffenen Schiffe und Schiffsteile im Bezuge von 111,6 Millionen Mark anführen gegen 62,93 und 61,58 bezw. 36,08 Millionen Mark; ferner aus den Anzahlungen auf im Bau befindliche Schiffe, die sich bei Rechnungsabluß auf 155 Mill. Mark belaufen gegen 108 Millionen bezw. 89 Millionen und 53,5 Millionen Mark in den vorhergehenden Jahren. — Zu den Riesenüberschüssen steht das Verhalten der Firma den Lohnerhöhungen der Arbeiter gegenüber in einem argen Mißverhältnis.

Theater und Musik.

Im Stadttheater neigt sich die Sommerzeit ihrem Abschluß zu. Manche der mitwirkenden Künstler haben sich bereits verabschiedet und Anfang nächster Woche wird auch Direktor Judis Lübeck verlassen, um nach seinem neuen Wirkungsort Riga überzusiedeln. Am Donnerstag hatte nun Willy Schwesiguth sein Benefiz. Auch er wird den Staub Lübecks von seinem Bühnenthron und nach der Balkenstadt an der Dänemündung schieben. Die langen Jahre seiner hiesigen künstlerischen Tätigkeit waren reich an Erfolgen und an der Gunst des Publikums hat es ihm nicht gemangelt. Guter Humor, wirkungsvolle Komik und feines Charakterisierungsvermögen waren Vorzüge des Darstellers Schwesiguth, der auch als Regisseur bedeutendes Geschick und guten Geschmack bewies. In seinem Ehrenabend gelangte gestern „Der Rastelbinder“, eine der älteren und musikalisch wertvolleren Operetten von Lehar zur Aufführung. Schwesiguth spielte darin den guthörigen Juden Wolf Bar Pfefferkorn in famoser Manier, gemäßvoll und mit drockig-pfiffigen Wefenszügen. Demnach schien ihm manchmal die rechte Stimmung zu fehlen, von welcher her elektrisierende Funke auf das Publikum überspringt. Anhaltender Beifall, reiche Blumen Spenden und Geschenke dankten ihm für die zahllosen schönen und heiteren Stunden, die er im Frieden und Kriege den Lübeckern schenkte. Die Damen Bradsy (Susa) und Erler (Misi) sowie die Herren Reichert vom Hamburger Carl-Schulze-Theater (Miloich), Pauli (Glöppel) und Wolff (Jonku) boten gleichfalls thätige Leistungen. Unter der lebendigen Leitung von Kapellmeister Dr. Reich nahm die Vorstellung vor ausverkauftem Hause einen erfreulichen Verlauf.

P. L.
Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Redakteur: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Schmidt in Lübeck.

Anmeldung von Ersatzlebensmitteln.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Ersatzlebensmittel, die in den Verkehr gebracht werden sollen, von der zuständigen Ersatzmittelstelle genehmigt werden müssen. Die bis zum 1. Mai 1918 bereits im Verkehr d. h. in der Hand des Groß- oder Kleinhandels befindlichen Ersatzlebensmittel müssen bis zum 1. Oktober 1918 genehmigt sein, falls sie dann noch im Verkehr bleiben sollen. Für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck ist der Antrag auf Genehmigung bei der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße Nr. 65, einzureichen. Zu dem Antrage verpflichtet ist der Hersteller des Ersatzlebensmittels und bei Ersatzmitteln, die aus dem Ausland eingeführt werden, der Einführer. Will ein anderer, als der Hersteller, das Ersatzmittel unter seinem Namen oder unter seiner Firma in den Verkehr bringen, so ist der Antrag auf Genehmigung von diesem zu stellen. Die Vordrucke zu den Anträgen auf Genehmigung sind in der Buchdruckerei von Gebrüder Borchers, G. m. b. H., hier, Königstraße Nr. 46, zu haben.

Lübeck, den 29. August 1918.

Das Polizeiamt.

4128

Bekanntmachung.

Der Abschnitt 5 des Fischartenbesetzes tritt mit dem 30. August ds. Jrs. in Kraft. Der Abschnitt 4 bleibt noch bis zum 8. September ds. Jrs. gültig.

Lübeck, den 29. August 1918.

(4133)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, dem 31. August, Montag, dem 2. und Dienstag, dem 3. September 1918 gelangen in den untenstehend bezeichneten Geschäften auf jedes Lebensmittelartenheft und auf jede Lebensmittelkarte

125 Gramm deutscher Weichkäse

zum Preise von Mk. 2.— für 1/2 kg (1 Pfund)

auf den Abschnitt 80 der Warenkarte zur Ausgabe.

Die gesammelten Abschnitte sind bis zum 6. September 1918 aufgelegt der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle einzureichen.

Lübeck, den 28. August 1918.

(4122)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

- | | |
|--|---|
| <p>Baake, Otto, Breite Straße 70.</p> <p>Badstein, W., Schwönetenquerstraße 11.</p> <p>Bargmann, C., Travemünde, Kurgartenstr. 1.</p> <p>Benecke, Ludw., Käseg. Mlee 25a</p> <p>Borgwardt, G., Kronst. Mlee 29</p> <p>Bittmann, J., Fleischhauerstr. 9.</p> <p>Döhrmann Nachf., B. (J. Gultow) am Markt 5</p> <p>Erdmann, Ludw., Fleischhauerstr. 7</p> <p>Friderlzi, F., Dänischburg</p> <p>Hayessen, Gerh., Mühlenbrücke</p> <p>Heuer, F., Schützenstr. 21a</p> <p>Hinz, Karl, Breite Straße 55</p> <p>Hochfenwerk, Herrenweg</p> <p>Joppich, Ad., Moisling</p> <p>Jüderleben, Fr., Dürr. 33</p> <p>Köster, B., Dürr. 113</p> <p>Konsumverein in allen Verkaufsstellen</p> <p>Krapp, Frau E., Wahnstr. 6.</p> <p>Krueck, H., Steinstr. 13</p> <p>Lehmann, A., Eims</p> <p>Meckenhäuser Nachf., L., Wagnstr. 15</p> | <p>Mollenhauer, R. (Fuh. Kurt Poller) Goltstr. 36</p> <p>Mull, Conrad, Seckergrube 33</p> <p>Otto, Th., Finkenhausen 33</p> <p>Pauls, M., Schumacherstr. 12</p> <p>Petersen, Johs., Sandstr. 43a</p> <p>Prinzlitz, Herm., Waisenhoffstr. 9</p> <p>Rasch, R., Köchzig</p> <p>Robbich, H., Fackend. Mlee 19</p> <p>Rostocker Butterhandlung, Seckergrube 9</p> <p>Scharnberg Nachf., R. (L. Richter) Kohlmarkt 8</p> <p>Schmidt, H., Schlutup</p> <p>Schnoor, Karl, Wickenstr. 14</p> <p>Schnoor, Karl, Travemünde, Kurgartenstr. 99</p> <p>Siebecke Ww., J., Travemünde.</p> <p>Storm Nachf., Th., Königstr. 98</p> <p>Thielbahr, H., Schlutup</p> <p>Tratow, Paul, Schlumacherstr. 27</p> <p>Ulrich, A. L. W., Johannisstr. 11</p> <p>Vorrath, H., Wölerstr. 43</p> <p>Wegener, Hans, Wahnstr. 10</p> |
|--|---|

Unser Hindenburg sagt: Wir müssen Kolonien haben!

Mitbürger Lübeds, denkt an diese Mahnung und gebt gern und reichlich für unsere tapferen Kämpfer in Afrika. Einzahlungen auf Konto „Kolonial-Krieger-Spende“ bei sämtlichen Banken.

4124

Konsumverein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Warenabgabestelle Mölln.

Wegen Verlegung nach unserem eigenen Hause

Marktstraße 11

ist die Warenabgabestelle am Montag, dem 2. September, geschlossen.

Die ständige Förderung, die die Mitglieder ihrer Warenabgabestelle in Mölln zuteil werden ließen, machte die Verlegung in größere, ansprechendere Verkaufsräume notwendig und sprechen wir die Bitte aus, das bisher bewiesene Vertrauen auch auf die neue Abgabestelle zu übertragen, um dadurch wieder die eigene und die gesamte Genossenschaftsbewegung zu stärken.

Der Vorstand.

4120

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzsendungen beim Hinscheiden unseres teuren Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen des Brauerverbandes, insbesondere Herrn Pastor Tegtmeyer für die trostreichen Worte am Grabe unsern herzlichsten Dank. (4139) Frau D. Schaper Ww. u. Kinder.

Junges Mädchen sucht Beschäftigung zum Wäscheausbeß. in und außer dem Hause. (4140) Näh. in d. Exp. d. Bl.

Ein möbl. Zimmer zu verm. (4132) Arminstr. 9c.

Glanzwäsche-Stärkemittel

für bessere Steif-Blättwäsche, brauchbare Qualität, unter Garantie, 2 kg Mk. 39.50. 4131 la. Schuberem, Seberfett. Großabnehmer Vorzugspreis. Hermann Lüscher, Düsseldorf, Siniestr. 7.

J. H. Pein

Am Markt 12. 4138 Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunend. Herren- und Knabengarderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Weinflaschen und gebrauchte Weinflaschen werden gekauft. (4138) Seckergrube 66.

Vorrätig! (4130) Essig, Weinessig, Essigsprit, gefüllter Gummischiff. Ludwig Wiegels, Fischergrube 60. Fernsprecher 8647.

Elegante Straßen- u. Hausschuh-Ausstellung!

Sonnabend und Sonntag, von 3-6 Uhr, findet die Ausstellung statt im Restaurant Bürgerverein, Königstr. 25. Es werden die Schuhe ausgestellt, welche die Damen diese Woche bei mir gearbeitet haben. Eintritt frei!

Besuch jedermann zu empfehlen. Am Montag, d. 2. September, beginnt ein neuer Kursus und werden Anmeldungen entgegengenommen. (4119) Die Leiterin: Fri. Müller.

2. Sondervorstellung v. Mitgliedern d. Stadthallentheaters

Dienstag, den 3. September, abends 8 Uhr: „Herrschaftlicher Diener gesucht“. Schwank in 8 Akten von Burg und Taufstein. Mittwoch, den 4. September, abends 8 Uhr: „Raub der Sabinerinnen“. Schwank in 4 Akten von Kadelburg. (4131) Kartenverkauf an der Theaterkasse und O. Borchert, Breite Straße.

Ab 30. August 1918: 4121
Zernsprecher 811 Ortstohlenstelle Kanzeleigebäude
Aufgang 6.

Für unser Werk Würgendorf, Bahnstrecke Köln-Gießen, werden zum sofortigen Eintritt

200 Mädchen

über 18 Jahre und

200 kräftige Arbeiter

gesucht.

Sprengstoff-Fabriken Hoppecke Aktien-Gesellschaft
Würgendorf, Kreis Siegen. 4127

Haltbare Hosenträger

mit Leder und gutem Gummi

Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (4126)

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 3.50, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mk. 3.75, durch ein Postamt Mk. 3.60.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur 60 Pfennig kostet. Gegen weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

Ein Ereignis für Lübeck

Vom 1. bis inkl. 8. September (4187)

Hansa-Theater

nur 8 Tage Variete nur 8 Tage Großstadtspielplan.

Olga Gregg u. Scheffeld Ein Spaß in der Bodega.	Le Corsa Tanzdicht.	Fritz Primm Humorist	Düveneck elast. Rätsel
Der sprechende Hund vorgeführt von Carl Prellie			
Klaus d. Ungeschickt	Lo u. Cola Mar Verwandlungs-Tanzkünstlerin.	Inns Paster	

Segali, Verwandlungsschauspiel.
Eröffnungsvorstell. Sonntag nachm. 4 Uhr u. abds. 8 Uhr.

Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei
Königsplatz
Niederlage Lübeck
Lindstr. 68a Tel. Nr. 474

Heinrich Wäler
Breitestr. 100
Herrenwäsche
Krawatten-Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.

Praktischer Wegweiser

Empfehlensw. Geschäfte

Die Ware der Schloßbrauerei Kiel

Wilhelm Rabfolt
Unterstr. 13 - Telefon 67
vertikale Saugpumpe von
diversen Weizen u. Spirituosen

Julius Schober
Leinwandwaren
Größe Burgstr. 55

Lehrer-Werstattfabrik

August Scheefe

G. m. b. H.

Lieferant des Feinsten in allen Warenarten.

Carl Rohde
Goldschnitt, Bedarfsartikel
Polz-Gerberei

Meister. Schmitt
Sohllederarbeiten

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu

Aktionsbrauerei Lübeck

Estin
Menselstraße, Mühlenstraße

Ratzeburger Aktien-Brauerei

Der Anfall der fleischlosen Wochen.

Genau so wie in diesem Jahre konnte man von Landwirten auch 1917 schon hören, daß nun bald die letzte Kuh aus dem Stalle geholt werden sei; es sei die höchste Zeit, dem fortwährenden Abschachten ein Ende zu machen, sonst gäbe es im Kriege keine Milch und Butter und nach dem Kriege kein Vieh mehr.

Nun sind vom Kaiserlich Statistischen Amt die Ergebnisse der Viehzählung bis 1. Juni 1917 bekanntgegeben. Wir stellen unten die Ergebnisse der früheren den letzten Ergebnissen der Viehzählungen gegenüber, wonach sich ein jeder selbst überzeugen kann, daß wir noch genug Vieh haben, sogar mehr als vor dem Kriege. Viehzählungen sind vielleicht niemals ganz genau. Sicher ist aber, daß vor dem Kriege eher wahrheitsgemäße Angaben gemacht worden sind als jetzt, wo die Geheimisflachtungen Mode geworden sind. Die Zahl der Schweine ist sicher größer, als hier angegeben ist. Auch manches Schaf und manche Ziege wird auf den Zählbogen vergessen worden sein. Trotzdem ergeben die Zählungen folgendes Bild:

Der Viehstand in Deutschland in 1000 Stück:

Jahr	Pferde	Ostel	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Feder- vieh
10. 1. 73	3352	11	15 777	24 999	7 124	2320	—
10. 1. 83	3523	10	15 787	19 190	9 206	2641	—
1. 12. 92	3836	7	17 556	13 590	12 174	3092	—
1. 12. 97	4038	—	18 491	10 867	14 275	—	—
1. 12. 00	4195	8	18 940	9 693	16 807	3267	64 453
1. 12. 04	4267	—	19 332	7 907	18 921	3330	—
2. 12. 07	4845	11	20 631	7 703	22 147	3534	77 103
2. 12. 12	4523	13	20 182	5 803	21 924	3410	82 702
1. 12. 13	—	—	20 994	5 521	25 659	3548	—
1. 12. 14	3435	—	21 829	5 471	25 341	3538	—
15. 3. 15	—	—	—	—	17 904	—	—
15. 4. 15	—	—	—	—	16 570	—	—
1. 10. 15	3358	—	20 966	5 716	19 239	3914	75 663
1. 12. 15	3342	—	20 317	5 073	17 287	3438	—
12. 4. 16	—	—	19 922	6 278	13 337	—	—
1. 12. 16	3304	—	20 874	4 979	17 002	3940	—
1. 3. 17	3261	—	21 364	5 919	13 009	—	—
1. 6. 17	3415	—	21 482	6 176	12 838	—	—

Wir sehen hieraus, daß der Pferdebestand am 1. Juni vorigen Jahres auf dem Stande von 1883 steht, nämlich auf 3 1/2 Millionen. Der Rindviehbestand war nur am 1. Dezember 1914 um 340 000 Stück höher als jetzt. Was bedeutet dies aber bei einem Bestande von über 21 Millionen Stück? Fast gar nichts. Der Bestand an Schafen hat sich während des Krieges vermehrt, ebenso der an Ziegen. Der Schweinebestand ist auch höher als im Jahre 1892, das auch noch keine Ewigkeit her ist. 1873 bei allerdings nur etwa 40 Millionen Einwohner wurden nur etwas über 7 Millionen Stück gezählt. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl, die jetzt auf etwa 70 Millionen geschätzt wird, müßten danach jetzt 12 1/2 Millionen Schweine vorhanden sein. Es sind in Wirklichkeit aber 12 Millionen 800 Tausend vorhanden, also verhältnismäßig mehr als 1873. Möglich, daß die Zählungen früher nicht so genau waren. Jetzt während des Krieges sind aber sicher auch mehr Schweine vorhanden als gezählt wurden.

Die Zahl der Milchkuhe ist von 10 205 185 am 2. Dezember 1912 auf 9 450 052 am 1. Juni 1917, also um 755 133 zurückgegangen. Es sind dies nicht ganz 8 Prozent weniger. Wenn es nur 8 Prozent Milch weniger gäbe, könnten wir alle damit zufrieden sein. Da aber viel zu viel Vieh gehalten wird, wozu auch das vorhandene Futter nicht reicht, trotzdem auch das Rindvieh noch genug menschliche Nahrungsmittel bekommen wird, wäre es jedenfalls besser, man verringerte den Rindviehbestand auch noch mehr. Inmer wird behauptet, wir hätten nicht genug Futter, und trotzdem werden 1/2 bis 1 Million Stück Rindvieh mehr gefüttert als vor dem Kriege. Man sollte sich doch darüber klar sein, daß das Vieh einen bestimmten Betrag an Nahrung braucht, um nur am Leben zu bleiben, ohne irgendwelchen Nutzen abzugeben. Erst wenn darüber hinaus ge-

füttert wird, kann das Tier entweder Fleisch am Körper ansetzen oder Milch geben. Nach Kellner ist auf 1000 Kilogramm Lebendgewicht zur Fütterung erforderlich:

Nur zur Erhaltung	6 Kilogramm Stärfewert.
10 Kilogramm Milcherttrag	8 " "
20 " "	10 " "
30 " "	13 " "
40 " "	15 " "

Das heißt doch jetzt, daß, wenn man etwa zwei Kühen Futter gibt, in welchem 6 Kilogramm Stärfewert enthalten sind, man keine Milch verlangen kann; füttert man aber 13 Kilogramm, also etwa das Doppelte, kann man 30 Liter Milch erhoffen. Oder nehmen wir an, zwei Kühe gäben jetzt 10 Liter Milch, da könnte eine Kuh bei noch nicht doppeltem Futter 40 Liter geben. Eine gutgefütterte Kuh kann unter Umständen doppelt so viel Milch geben als zwei schlechtgefütterte.

Natürlich spielt auch der Bedarf an Zugvieh und der Leberbedarf eine Rolle. Ein mageres Rind gibt schließlich genau so viel Leder wie ein gutgenährtes. Eine noch größere Einschränkung beim Schuhzeug ist aber doch wohl noch leichter zu ertragen, als eine weitere Einschränkung in der menschlichen Ernährung.

Auch auf die Auffüllung des Viehbestandes nach dem Kriege muß Rücksicht genommen werden. Rindvieh haben wir, wie oben zu sehen, vollauf genug, und wenn wir am Kriegsende einige Millionen weniger haben, ist in zwei Jahren mit Leichtigkeit der alte Stand wieder erreicht. Bei Schweinen ist dies noch leichter. Am 2. Dezember 1912 gab es in Deutschland 1 570 992 Zuchtfaunen, mit denen man den Schweinebestand in nächsten Jahre auf 25 341 272 Stück brachte; die Zahl der Schweine, die über ein Jahr alt ist, war vor dem Kriege niemals mehr als 3 Millionen. Wenn also noch einige Millionen Schweine abgeschlachtet werden, wäre es trotzdem möglich, in einem Jahre die Zahl auf 25 Millionen zu bringen, was gleich nach dem Kriege wahrscheinlich gar nicht einmal erwünscht ist, denn die Nahrungsmittel werden für die Menschen noch fehlen. Daß wir nach dem Kriege nicht genug Vieh haben werden, ist nicht zu befürchten.

Wozu also jetzt die fleischlosen Wochen? Damit noch mehr schwarzgeschlachtet wird und die Preise des Geflügels ins Scherzhafte emporgetrieben werden? Die Arbeiterschaft muß es sich nachdrücklich verbitten, daß ihr ohne jeden zureichenden Grund Menge und Nährgehalt der bisher zugeleiteten Lebensmittel noch weiter geschmälert wird.

Was der deutschen Arbeiterschaft not tut

wird uns in dankenswerter Weise des öfteren von unseren politischen Gegnern im bürgerlichen Lager nahegelegt. Wenn es der deutsche Arbeiter seinen politischen und gewerkschaftlichen Führern nicht würde glauben wollen, daß ihn nur feste organisatorische Geschlossenheit, nur der sorgfältige und starke Ausbau seiner Kampforganisationen vor bösen Erfahrungen nach dem Kriege bewahren kann, so bemühen sich glücklicherweise auch Leute aus dem oberen Lager, ihm dies begreiflich zu machen.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ will der Geheime Justizrat Professor Dr. Conrad Bornerhak in einem zwei Spalten langen Artikel den deutschen Arbeiter einen Blick in seine Nachkriegs-Zukunft tun lassen. Wenn man auch den Geheimen Justizrat nicht als Autorität in ökonomischen Dingen ansehen will, so verrät sein Artikel doch bestimmte Hoffnungen und Erwartungen, die gewisse Kreise der deutschen Bürgertums über die zukünftige Lage der Arbeiterschaft hegen. So hat unser Professor besonders über die zukünftige Lohngestaltung sehr pessimistische Ansichten:

„Die zunächst in die Augen fallende Erscheinung, die der Friedensschluß unmittelbar herbeiführen muß, sind stark fallende Löhne. Die jahelhaften Kriegslöhne werden ohne weiteres in die Vergangenheit verschwinden. Denn sie sind nur die Folge des geringen Arbeitsangebotes bei starker Arbeitsnachfrage, wobei die Kriegsindustrie infolge der Abnahme ihrer

Erzeugnisse durch das Reich in der Lage war, jeden Lohn zu zahlen. Demgegenüber strömen mit der Demobilisierung des Heeres Arbeitskräfte in Masse zu. Das bisherige Verhältnis von Angebot und Nachfrage wird geradezu auf den Kopf gestellt.“

Die auf den Kriegsbedarf eingerichtete Industrie wird sich nicht so schnell auf die Friedensproduktion „zurückorganisieren“ lassen, so daß bei der Rückkehr der entlassenen Soldaten noch keineswegs für alle heimkommenden Arbeiter Plätze frei sind. Und:

„Das Ueberangebot an Arbeitskräften kann auch nicht durch das sonst zur Verfügung stehende Sicherheitsventil der Auswanderung abgelenkt werden. Wohin sollten unsere gewerblichen Arbeiter auswandern, um höhere Löhne zu erhalten? Wie bisher nach den Vereinigten Staaten, von englischen Kolonien ganz zu schweigen? Die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen. Die bisherigen Auswanderungsziele nehmen keine deutschen Auswanderer mehr auf.“

Ferner:

„Diesen sinkenden Löhnen mit drohender Arbeitslosigkeit stehen nicht etwa erleichterte Lebensbedingungen gegenüber, im Gegenteil. Wir werden mit einem Friedensschluß nicht einen Billen mehr zu essen haben, sondern im wesentlichen auf die eigene Volkswirtschaft angewiesen bleiben. Nur können die Millionen von Kriegern zurück, die doch bisher wenigstens zum Teil auf Kosten fremder Länder ernährt worden sind. Die Brotkruste wird vielleicht, so lange das gegenwärtige Geschlecht auf Erden wandelt, überhaupt nicht wieder verschwinden, wenn auch vielleicht allmählich im Laufe der Jahre etwas mehr Brot auf sie entfallen wird.“

Ob der Herr Professor glaubt, in den Herzen hochqualifizierter Industriearbeiter frohe Zukunftserwartungen zu erwecken, wenn er bemerkt, daß die überschüssigen Arbeiter als Landarbeiter sich den Bauern und Großgrundbesitzern verdingen müßten, bezweifeln wir nach den Erfahrungen, die von diesem Betätigungsbereiche vorliegen.

Wenn wir die ökonomische Zukunft Deutschlands auch nicht so schwarz sehen, wie Professor Bernhak, so erscheinen seine Darlegungen doch bemerkenswert, indem sie zeigen, wie notwendig es für den deutschen Arbeiter ist, auf die Wechselfälle der Zukunft gerüstet zu sein. Zweifellos steht der Kapitalismus außerordentlich gestärkt da und auch in den rein wirtschaftlichen Dingen wird sich manches zunächst so gestalten, daß der heimkehrende Arbeiter in eine Situation kommt, die ihn auf die peinlichste Wahrnehmung seiner politischen und gewerkschaftlichen Interessen verweist und die ihm am allermeisten gestattet, den Zerplitterern der Arbeiterbewegung hilfreiche Hand zu leisten!

Russische Dekrete über die Trennung von Kirche und Staat.

Die deutsche bürgerliche Presse meldet im Anschluß an eine Meldung des „Matin“, daß die Sowjet-Regierung eine vollkommene Umwälzung der religiösen Einrichtungen Russlands bezweckt und eine neue Religion einzuführen beabsichtigt. Diese Nachricht ist ebenso erfunden wie die gleichzeitig verbreitete, daß die Sowjet-Regierung die orthodoxen und protestantischen Glaubensbekenntnisse verbieten will.

Aus Anlaß dieser Fälschung gibt die B. T. A. die Dekrete der Sowjet-Regierung vom Januar dieses Jahres im Wortlaut wieder:

Befehl des Kommissariats für staatliche Unterstüzungen.
Ueber die Einstellung von Mitteln zum Unterhalt von Kirchen, Kapellen, Geistlichen, Religionslehrern und zur Ausübung kirchlicher Gebrauche.

Die Zuweisung von Mitteln zum Unterhalt von Kirchen und Kapellen und zur Ausübung von kirchlichen Gebrauchen ist einzustellen; die Zuweisung von Mitteln zum Unterhalt von Geistlichen und Religionslehrern ist vom 1. März ds. Js. an, in Uebereinstimmung mit der Verordnung des Volkskommissariats für Arbeit betr. Zuweisung eines vierwöchentlichen Lohnes bei Schließung des Unternehmens, einzustellen.

Den arbeitslosen Angehörigen, die zum Wohle des Volkes zu arbeiten wünschen, kann durch das Kommissariat für staatliche Unterstüzungen Arbeit zuerteilt werden.

Die kirchlichen Gebrauche können auf gemeinsamen Wunsch einer Anzahl der Gläubigen ihre Fortsetzung finden, mit der Ver-

Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

25. Fortsetzung.

„Erinnern Sie sich des Wortlauts der Depesche?“ fragte Foster.

„Nein, Herr Hauptmann; sie war in Geheimschrift, und die Worte hatten keinen Sinn, außer für jemanden, der die Geheimschrift kannte. Außerdem sah ich sie nur eine Minute.“

„Würden Sie die gleiche Handschrift wiedererkennen?“

„Ich glaube — ja,“ doch sah Symonds bei diesen Worten etwas zweifelnd aus.

Foster zeigte ihm einige Blätter Papier, augenscheinlich aus einem Notizbuch herausgerissen. „Sah die Schrift der Depesche diesen Proben von der Handschrift der Gefangenen ähnlich?“

Nach sorgfältiger Untersuchung schüttelte Symonds den Kopf.

„Nain.“

Frau Bennett, die sich vorgebeugt hatte, um besser seine Antwort zu hören, sah ebenso erstaunt aus wie Foster — sie dachte nicht darüber nach, wie sie Baker mitteilen konnte, daß ihrer Ansicht nach der Zeuge, um Kelly zu schützen, gelogen habe.

Aufgefordert, in seinem Berichte fortzufahren, berichtete Symonds nun, wie erschöpft der Hauptmann gewesen sei, und daß er die Absicht ausgesprochen habe, sich schlafen zu legen. Hier unterbrach ihn Foster.

„Sind diese Unterhaltung im Zimmer statt und bei geschlossener Tür?“

„Während wir im Zimmer waren, war die Tür geschlossen,“ antwortete Symonds nachdenklich, „aber ich erinnere mich genau, daß wir in den Korridor hinausgetreten waren, als der Hauptmann bemerkte, ich müsse jemanden schicken, um ihn wecken zu lassen, sobald die Angeklagte verhaftet wäre, denn er würde schlafen wie ein Toter.“

Hier sah Kelly ängstlich auf Warren, denn der Eindruck dieser Worte auf den Gerichtshof war nur zu offenkundig, aber der Senator blickte den Zeugen aufmerksam an — und mit einem tiefen Seufzer lehnte sie sich zurück.

„Glauben Sie, daß jemand diese letzten Bemerkungen des Hauptmannes gehört haben könnte?“

„Gewiß, Herr Hauptmann.“

„Was ereignete sich weiter?“

Symonds erzählte, wie die Befehle des Hauptmannes ausgeführt worden wären und wie er selbst am Abend in die Wohnung Lloyd zurückgekehrt sei, um ihn zu holen; es folgte dann eine dramatische Schilderung der Entdeckung seines Todes wie der Auffindung des bewußtlosen Goddard. Im Zimmer hätten sich

nicht die stärksten Anzeichen eines Kampfes vorgefunden; weder Stühle noch Tische wären umgestürzt worden.

„Suchten Sie nicht nach der wichtigen Depesche?“

„Ja, sofort, doch konnte ich weder von dieser noch von der Briefstasche eine Spur finden.“

„Wo befand sich der Koff, den der Hauptmann am Nachmittag getragen hatte?“

„Er hing über einem Stuhl vor seinem Bett.“

„Was taten Sie nach der Ankunft des Generalprokors?“

„Ich übergab ihm die Zimmer, ließ den Major in der Obhut von Doktor Ward und begab mich ins Kriegsministerium.“

Foster hatte eine kurze Unterredung mit Oberst Andrews und wandte sich dann höflich an Warren: „Ich bin fertig, Herr Senator, wünschen Sie ein Kreuzverhör mit dem Zeugen anzustellen?“

Warren nickte, sah seine Aufzeichnungen durch und übergab Foster einen Streifen Papier, von welchem der Hauptmann laut die Frage ablas:

„Welchen Beweis haben Sie, abgesehen von Lloyds Aussage, daß er die Depesche bei dem toten Rebellen, Major Pegram, vorfand?“

„Keinen, Herr Hauptmann,“ versetzte Symonds sehr erstaunt.

„Wollen Sie das Wort eines toten Mannes anzweifeln, Herr Senator?“ fragte Foster scharf.

„Ja, ich werde dies tun, Herr Hauptmann,“ erklärte Warren fest. „Er erhob sich und lehnte sich dem Vorsitzenden zu. Ich lege vor diesem Gerichtshof hierdurch Beroachtung ein und erhebe gesetzlichen Einspruch gegen alle Zeugnisse, die sich nur auf Hörensagen stützen.“

„Und ich behaupte,“ erklärte Foster, „daß Symonds Aussage ein vollständiger Beweis ist — er hat die Depesche in der Hand von Lloyd gesehen.“

„Darin haben Sie recht, Herr Hauptmann,“ erwiderte Warren ruhig, „aber er hat nicht gesehen, ob der Hauptmann sie an dem Körper des toten Konföderierten vorfand; er glaubt dies nur, weil Lloyd ihm dies sagte, und das, Herr Hauptmann, ist ein Beweis vom Hörensagen. Und im Interesse meiner Klientin, deren Leben auf dem Spiele steht, muß ich fordern, daß ein solcher Beweis bei dieser Verhandlung nicht berücksichtigt wird.“

Einer der Offiziere der Kommission, Major Lane, schrieb hastig einige Zeilen und überreichte sie Foster, der laut las: „Was führt Sie dazu, Herr Senator, zu glauben, Hauptmann Lloyd, ein unbescholtener, ehrenwerter Mann, hätte falsches Zeugnis gegen die Angeklagte vorgebracht?“

„Wegen seiner bekannten Voreingenommenheit gegen sie, von der ich dem Gerichtshof vollgültige Beweise vorlegen kann.“

Foster blieb aber bei seiner Meinung, und es entspann sich eine hitzige Debatte. Schließlich hob der Vorsitzende die Verhandlung einstweilen auf, um über den Einspruch des Senators mit der Kommission einen Gerichtsbescheid herbeiführen zu können. Das Zimmer wurde geräumt, Kelly wurde in ein leeres Zimmerchen geführt, und die Zuschauer mühten sich in den Vorraum zurückziehen. Man empfand die frische Luft nach der Schwüle des Gerichtszimmers besonders angenehm, und Frau Warren und ihre beiden Freundinnen lehnten an einem geöffneten Fenster.

„Ich fürchte, Kelly ist tief in diese geheimnisvolle Tragödie verwickelt,“ flüsterete Frau Bennett.

„Es hat wirklich so den Anschein,“ bemerkte Frau Warren traurig; „aber ich glaube fest an ihre Unschuld; erkenne der Gerichtshof Aussagen vom Hörensagen nicht als gültig an, so kann man Kelly auch keinen Beweggrund nachweisen, weshalb sie den Hauptmann getötet haben sollte.“

„Mein Mann behauptet, daß ein Kriegsgericht am unparteilichsten und gerechtesten von allen Gerichtshöfen der Welt urteile,“ fuhr Frau Bennett fort. Die Damen tauschten so nach eine Zeitlang ihre Meinungen aus; dann wurden die Türen des Saales wieder geöffnet, da die Geheimberatung vorüber war, und jeder nahm seinen Platz wieder ein.

Der Gerichtshof hat, da es sich um so schwerwiegende Beschuldigungen handelt, beschlossen, kein Zeugnis nur vom Hörensagen anzunehmen,“ erklärte der Vorsitzende, nachdem Stille eingetreten war.

Warren atmete erleichtert auf. „Dann fordere ich, daß das Zeugnis Symonds, die Depesche betreffend, aus dem Protokoll gestrichen wird.“

„Nicht so rash, Herr Senator,“ verwarnete streng der Oberst; „es ist uns wohl möglich, einen gültigen Beweis betreffend den Fund jener Depesche zu erbringen. — Sie vergessen, daß Lloyd von Belden, einem von Oberst Youngs Kundschaften, begleitet war. Herr Ankläger, telegraphieren Sie an General Sheridan im Hauptquartier, daß der belagerte Belden sofort hierher geschickt werde, um vor diesem Gerichtshof als Zeuge zu erscheinen oder, falls dies nicht möglich ist, daß uns seine Aussage in dieser Angelegenheit zugefleht werde. Es ist drei Uhr, meine Herren, die Sitzung wird auf morgen früh vertagt!“

Fortsetzung folgt.

des Inventars und der Angehörigen selbst zu tragen.
(Bekanntgegeben in Nr. 13 der „Zeitung der Arbeiter- und Bauern-Regierung“ vom 20. Januar 1918.)

Deekret des Rates der Volkskommissare.

Ueber das Kommissariat für jüdische Angelegenheiten.

Beim Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationen wird ein provisorisches Kommissariat für jüdischnationale Angelegenheiten gegründet.

Zum Kommissar der jüdischen Angelegenheiten wird Siemen Marlowitsch Dimandstein ernannt, zum Gehilfen des Kommissars Na Grigorjewitsch Dohlawski.

(Bekanntgegeben in Nr. 11 der „Zeitung der Arbeiter- und Bauern-Regierung“ vom 21. Januar 1918.)

Deekret des Rates der Volkskommissare.

Ueber die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche.

1. Die Kirche wird vom Staat getrennt.
2. Innerhalb der Grenzen der Republik ist es verboten, irgendwelche öffentlichen Gesetze oder Verordnungen zu erlassen, die die Gewissensfreiheit beschränken oder einengen oder auf Grund der Zugehörigkeit der Bürger zu einer bestimmten Konfession Vergünstigungen und Privilegien zu erteilen.

3. Jeder Bürger kann sich zu einer beliebigen Religion bekennen oder auch zu gar keiner. Jeder Rechtsverluft, der im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu irgend einem Glauben oder mit der Nichtzugehörigkeit zu einem Glauben steht, wird aufgehoben.
Anmerkung: Aus allen amtlichen Akten wird der Hinweis auf die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit der Bürger zu einer Religion entfernt.

4. Die staatlichen und gesetzlich-öffentlichen Veranstaltungen werden von keinen religiösen Gebäuden oder Zeremonien begleitet.

5. Die freie Ausübung der religiösen Gebräuche wird soweit gestattet, als sie die öffentliche Ordnung nicht stört und die Rechte der Bürger der Sowjet-Regierung nicht einschränkt. Die örtliche Gewalt hat das Recht, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die allgemeine Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet wird.

6. Niemand darf, gestützt auf seine religiösen Ansichten, sich seinen bürgerlichen Pflichten entziehen. Ausnahmen dürfen unter der Bedingung gemacht werden, daß eine bürgerliche Pflicht gegen eine andere ersetzt wird. In jedem einzelnen Falle hat darüber das Volksgericht zu entscheiden.

7. Der religiöse Eid oder Schwur wird aufgehoben. In unangenehmen Fällen wird nur ein feierliches Versprechen gegeben.

8. Die Standesamtsregister werden nur von der bürgerlichen Gewalt geführt; in Abteilungen für Ehe und Geburten.

9. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der Religionsunterricht wird in seiner staatlichen, öffentlichen oder Privatlehranstalt, wo allgemeinbildende Dinge gelehrt werden, gebildet. Die Bürger dürfen privaten Religionsunterricht erteilen lassen.

10. Alle kirchlichen und religiösen Gemeinschaften unterstehen den allgemeinen Bestimmungen der Privatgesellschaften und Verbände und werden in keiner Weise durch Vorrechte oder Hilfestellungen unterstützt, weder vom Staat, noch von örtlich-autonomen und selbstverwaltenden Behörden.

11. Zwangsmäßige Eintreibung von Abgaben und Verpflichtungen zum Nutzen kirchlicher religiöser Gemeinschaften, ebenso wie Zwangsmäßige Abgaben und Strafen von Seiten dieser Gemeinschaften oder ihrer Glieder werden nicht gestattet.

12. Keine kirchliche oder religiöse Gemeinschaft hat das Recht auf Eigentum.

Die Rechte einer juristischen Person besitzen sie nicht.

13. Alles Eigentum der in Russland bestehenden kirchlichen und religiösen Gemeinschaften wird zum Volkseigentum erklärt. Die Gebäude und Gegenstände, die zu gottesdienstlichen Zwecken gebraucht werden, werden nach besonderen Bestimmungen der örtlichen oder zentralstaatlichen Gewalt den betreffenden religiösen Gemeinschaften zur kostenlosen Benutzung übergeben.

(Bekanntgegeben in Nr. 15 der „Zeitung der Arbeiter- und Bauern-Regierung“ vom 23. Januar 1918.)

Befehle des Volkskommissariats für Militärangelegenheiten.

Ueber die Auflösung aller Hemier des geistlichen Ressorts.

1. Alle Geistlichen jeder Konfession, die im Dienste des Militärressorts stehen, sind zu verabschieden.

2. Alle Verwaltungen der Militärgeistlichkeit sind aufzulösen.

3. Die Armeekomitees haben das Recht, auf Wunsch der Armeegeistlichen, Verwaltungen, Institutionen und Anstalten die Geistlichen bei sich zu behalten.

4. Letzteren Falls wird das Gehalt der Geistlichen nicht nach den früheren Etats, sondern ausschließlich nach Bestimmungen der betreffenden Komitees bemessen.

5. Das gesamte Eigentum und die Kirchengelder der Kirchen der Truppenteile sind zur Aufbewahrung an die Armeekomitees der Truppenteile zu übergeben, und im Falle einer Auflösung dieser letzteren an die Komitees höherer Stufen.

6. Zur Übernahme und Uebergabe der Summen und Vermögen, die sich unter der Verfügung der Geistlichkeit des Militärressorts befinden, werden besonders Kommissionen eingesetzt.
(16. Januar 1918.)

Aus der Partei.

Mandatniederlegung v. Volkmar.

Nach einer telegraphischen Meldung aus München hat Genosse v. Volkmar wegen seines andauernden leidenden Zustandes seine Mandate niedergelegt. Diese Nachricht wird wohl allgemein tiefes Bedauern auslösen!

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1917.

Die deutsche Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1917 liegt noch nicht vollständig vor. Die im Bureau der Generalkommission erfolgende Bearbeitung der statistischen Angaben der Zentralverbände ist jedoch bereits vorgeschritten, daß wir hier im Auszuge einige der wichtigsten Ziffern mitteilen können.

Das Berichtsjahr zeichnet sich demnach durch den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung unserer Gewerkschaften aus. Die zehnjährige Periode, die mit dem Kriegsausbruch einbrach, erreichte im Jahre 1916 ihren Tiefpunkt. Am 31. Dezember 1916 waren in den 47 Zentralverbänden nur noch 954.831 Mitglieder vorhanden gegen nur 2 1/2 Millionen beim Kriegsausbruch. Im ersten Quartal 1917 aber war die Krisis überwunden, die Mitgliederzahl stieg auf 995.926, und diese Entwicklung hielt auch in den weiteren drei Quartalen an: im zweiten waren es 1.076.711 Mitglieder, im dritten 1.169.697 und im vierten Quartal 1.264.714 Mitglieder. Die Zunahme beträgt demnach rund 330.000 gegenüber dem vierten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt stieg die Mitgliederzahl von 955.887 auf 1.095.396. In diesen Ziffern sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht mitgezählt, die am Jahresbeginn 1917 877.4 Mitglieder hatten gegen 899.000 im Jahre 1916. Am 31. Dezember 1916. Auch diese beiden unter den schwererigen Verhältnissen arbeitenden Verbände wiesen an der allgemeinen Aufwärtsbewegung lebhaften Anteil.

Die Finanzabrechnung der Zentralverbände hat sich in gleicher Richtung wie die Mitgliederzahl bewegt. Die Einnahmen liegen von 34.027.248 Mark auf 39.189.898 Mark, während die Ausgaben von 30.074.048 Mark auf 28.511.881 Mark zurückgingen. Der Vermögensbestand stieg infolgedessen von 65.845.166 Mark auf 70.717.419 Mark. Leider ist der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes nicht mit angegeben worden, so daß der obige Betrag dem tatsächlichen Vermögensbestand, der sich bei der Einrechnung des Vermögens der Metallarbeiter ergeben würde, nicht entspricht. Am Jahresschluß 1917 hatten die Zentralverbände ohne den Metallarbeiterverband ein Vermögen von 69.518.554 Mark, woraus sich ergibt, daß der Vermögensbestand unserer Zentralverbände den bis dahin erzielten Höchststand vom Jahre 1913 bereits überflügelt hat.

Die Einnahmen (39.189.898 Mark) verteilen sich auf folgende Posten: Eintrittsgelder 264.036 Mark, Beiträge 28.567.262 Mark, Totalbeiträge 5.658.756 Mark, Ertragsbeiträge und freiwillige Sammlungen für die Kriegsfamilien 277.979 Mark, Zinsen 3.071.981 Mark und sonstige Einnahmen 1.349.404 Mark. Die wichtigsten Ausgaben wiederum verteilen sich folgendermaßen: Reiseunterstützung 22.422 Mk. (im Vorjahre 46.556 Mk.), Umzugsunterstützung 111.310 Mk. (107.563 Mk.), Arbeitslosenunterstützung 719.607 Mk. (1.449.133 Mk.), Krankenunterstützung 4.841.575 Mk. (3.664.592 Mark), Invalidenunterstützung 526.252 Mk. (559.893 Mk.), Sterbegeld 1.495.928 Mk. (1.266.799 Mk.), Notunterstützung 267.237 Mk. (303.066 Mk.), Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer 2.656.712 Mk. (5.992.064 Mk.), Lohnbewegung ohne Arbeitsminderung 137.546 Mk. (70.577 Mk.), Streikunterstützung 152.149 Mk. (104.952 Mk.), Tarifkämpfe 35.199 Mk. (15.900 Mark), Rechtschutz 106.420 Mk. (87.671 Mk.), Gemäßigtenunterstützung 17.729 Mk. (13.627 Mk.), Verbandssorgen 1.600.618 Mark (1.246.201 Mark), sonstige Leistungen 108.875 Mk. (78.320 Mark), Bibliothekentlohn 704 Mk. (122.097 Mk.), Unterrichtsliste usw. 21.485 Mk. (25.315 Mk.), Statistiken 47.437 Mk. (65.790 Mk.), Legation 1.940.799 Mk. (1.303.304 Mk.), Druckzettel usw. 266.098 Mark (211.440 Mk.), Stellenvermittlung 67.344 Mk. (81.690 Mark), Konferenzen und Generalversammlungen 326.346 Mark (204.715 Mk.), sonstige Ausgaben 2.070.727 Mk. (2.867.435 Mk.), Beiträge an die Generalkommission 254.846 Mk. (353.927 Mk.), Beiträge zu internationalen Verbindungen 18.873 Mk. (25.590 Mark), Beiträge an Kartelle und Sekretariate 742.752 Mark (714.468 Mk.) usw. Pro Kopf betragen die Ausgaben 26,02 Mark gegen 31,46 Mark im Jahre 1916, die Ausgabe für Unterstützungen betrug pro Kopf 10,12 Mark gegen 14,30 Mark im Vorjahre. An dem letzteren Rückgang war insbesondere die Arbeitslosenunterstützung beteiligt, die pro Kopf nur 0,66 Mark gegen 1,52 Mark im Vorjahre erforderte.

Die Auflage der Gewerkschaftsblätter stieg von 1.285.084 auf 1.483.629 Exemplare. An der Erscheinungsweise der Blätter wurde nicht viel geändert; das Organ der Choränger erscheint 14-tägig, einmal monatlich und die „Gewerkschafts-Zeitung“ erscheint ein- bis zweimal wöchentlich vierzehntägig.

Diese kurzen Mitteilungen aus der demnächst erscheinenden Gewerkschaftsstatistik zeigen von dem lebhaften Aufschwung, den die deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen haben. Daß dieser Aufschwung schon im Arzte einsehen würde, hatte kaum jemand zu hoffen gewagt. Um so größer darf die Genugtuung über die Festigkeit unseres Organisationsgebäudes sein, die unsere Gewerkschaften die schwere Erörterung des Krieges so verhältnismäßig schnell überwinden ließ.

Aus dem Gerichtssaal.

Hanptverurteilung eines Aufsichtsratsmitgliedes. Im Februar erhielt die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein namenloses Schreiben, in dem der Rentier Wilhelm Wolff von Berlin, Altonastr. 31, Aufsichtsratsmitglied der „Wca“ in Feuerbach, bei seinen Reisen als Aufsichtsrat in Stuttgart jedesmal große Mengen Nahrungsmittel aufkaufe, die er dann nach seiner Villa in Berlin schickte. In ironischer Weise wurde von „Schlemmerfesten“ gesprochen, die in der Villa stattfanden sollten; der eingemauerte Geldschrank sollte zur Aufbewahrung von Eisen dienen, wie denn überhaupt überall im Hause in verbotener Weise zusammengehämmerte Lebensmittel zu finden sein würden. Auch von der Farnweisse ins Haus kommenden Milchkühen wurde gesprochen, von der der Hund zu trinken bekomme. Der Brief schloß mit der Bitte, möglichst sogleich eine Hausdurchsuchung vornehmen zu lassen, da Wolff erst in den Tagen zuvor in Stuttgart war und so wahrscheinlich viele Waren im Hause wären.

Der Bitte wurde umgehend Folge geleistet und zwei Berliner Kriminalbeamte mit der Durchsuchung der Villa betraut. Im großen und ganzen wurden die Angaben bestätigt. Zwar wurden in dem beschriebenen Ort nicht vorgefunden, doch kamen an den verschiedensten Orten andere Sachen zum Vorschein. Es wurden beschlagnahmt: 75 Pfund Weizenmehl, sechzig Pfund Linsen, 30 Pfund Erbsen, 30 Pfund geräucherter Schweinefleisch, 15 Pfund Speck, endlich in einer Anzahl Töpfen viele Pfund Schmalz und Butter. Wolff, Aufsichtsratsmitglied des Rezerwerves in Feuerbach, bewohnt mit seiner Ehefrau und einigen Dienstmägden allein die Villa. Er gab zu, die Sachen zum meist gelegentlich seiner Reisen nach Stuttgart dorthin zu verschicken, um sie dort zu verkaufen. Er gab zu, die Sachen zum meist gelegentlich seiner Reisen nach Stuttgart dorthin zu verschicken, um sie dort zu verkaufen. Er gab zu, die Sachen zum meist gelegentlich seiner Reisen nach Stuttgart dorthin zu verschicken, um sie dort zu verkaufen.

Wolff erhielt dann wegen unbefugten Bezuges von Lebensmitteln eine Geldstrafe von 1000 Mark und wegen unbefugten Bezuges von Lebensmitteln eine solche von 400 Mark. Dagegen erließ er Entspruch. Er war „wegen großer Entfernung“ vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden. Der Vorsitzende verwahrte sich dagegen, daß in der Villa „Schlemmerfesten“ abgehalten wurden. Die vorgefundenen Lebensmittel seien nicht alle von Stuttgart. Es könne nachgewiesen werden, daß auch ein Eisenbahnwagen der Angeklagten vermöge seiner günstigen Stellung bei einem Kommando im Osten regelmäßig Lebensmittel von dort an Lebensmittel gebracht habe. Weiter habe ihm ein Unteroffizier von Buzarek aus Lebensmittel gegeben lassen. Keinesfalls handle es sich um Lebensmittel, die für die Arbeiterkassen der Rezerwerve bestimmt gewesen seien. Der Direktor des Rezerwerve, Schmidt, erklärte, es sei ausgeschlossen, daß von den für die Kantine des Rezerwerve bestimmten Waren auch nur ein Gramm abhanden gekommen sei. Wolff habe die Sachen in Stuttgart gekauft, worauf er Schmidt, sie ihm als guten Bekannten aus Gefälligkeit nachge-

kauft hätte, der die Kisten auf dem Bureau des Direktors laden mußte, gab zu, daß ihm auch schon zu vor fest an der schließlichen Pakete zum Verpacken mit übergeben wurden.

Der Staatsanwalt beantragte, die in dem Strafbefehl ausgesprochenen Strafen aufrechtzuerhalten. Das Urteil lautete wegen unbefugten Bezuges von Lebensmitteln auf 800 Mark und wegen unbefugten Bezuges von Lebensmitteln auf 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht war mit dem Staatsanwalt darüber einig, daß es besonders schändlich ist, wenn ein Mann in der Stellung des Angeklagten im Hinblick auf seine günstige Vermögenslage eine um so schwerere Geldstrafe treffen müsse. Es sei auch nicht anzunehmen, daß der Angeklagte und seine Ehefrau, zwei alleinlebende alte Leute, jenseits Lebensmitteln alle in Verzehrung wollten; man müsse vielmehr annehmen, daß sie damit auch noch ihre Verwandten und Bekannten aushelfen wollten, was weiter strafschwerend in Betracht gezogen würde.

Der Prozeß zeigt, wie die Besitzenden das „Durchhalten“ praktisch üben. Die 110 Pfund Hülsenfrüchte waren sicher die zweitmäßigste Krankennahrung für die angeblich kranke alte Frau. Auffallend ist, daß man den Angeklagten vom Erscheinen vor dem Gericht entband. Wenn es Hamsterreizen zu machen gibt, ist dem Herrn die Entfernung nicht zu groß. Verwunden muß ferner, daß das Gericht hinsichtlich der Bezugsquellen und der bezahlten Preise keine Feststellungen machte. Bezugsquellen hat der „Patriot“ Wolff auf allen Seiten. Aus dem Süden, dem Osten und aus Rumänien fließen ihm Nahrungsmittel zu. Die Strafe ist ganz außerordentlich milde. Deshalb legt man solche Volksgenossen nicht zeitweise auf Gefangenenloft?

Aus Nah und Fern.

Der jüngste Raubmordversuch in der Linienstraße in Berlin ist jetzt aufgeklärt worden. Als Täter ist der 28-jährige Schlächter Schatz verhaftet worden. Er gibt an, bei Begehung der Tat völlig betrunken gewesen zu sein. Das Opfer, Frau Sonnenburg, ist vernehmungsfähig.

Das mehrlöse Brot. Ueber das von der Vollbrotverwertungs-gesellschaft kürzlich vorgeführte Großschäpe Teigbereitungsverfahren, nach dem Brot direkt aus dem Korn hergestellt werden soll, wird vom Kriegsernährungsamt u. a. mitgeteilt: „Die Reichsgroßschäpe stellte hat sich mit dem Großschäpe Verfahren eingehend beschäftigt und auf Grund ihrer Versuche festgestellt, daß die Verarbeitung des Kornes nach dem Großschäpe Verfahren weder eine höhere Sachausbeute ergibt, noch daß hierbei die Kleberzellen des Kornes weiter aufgeschlossen werden, als dies bei dem nach den Vorschriften der Reichsgroßschäpe ausgemahlene Getreide, der Fall ist. Das kaiserliche Gesundheitsamt und die Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung sind zu dem Schluß gekommen, daß die Aufschließung der Kleberzellen im Großschäpe-Brot geringer ist als bei dem nach den Vorschriften der Reichsgroßschäpe hergestellten gewöhnlichen Brot. Eine Verbilligung des nach dem Großschäpe Verfahren hergestellten Brotes gegenüber dem üblichen Brote ist nicht zu erwarten. Auf Grund dieser Feststellungen hat es die Reichsgroßschäpe abgelehnt, neue Betriebe nach dem Großschäpe Verfahren zu betreiben und dies dem Erfinder bereits mitgeteilt.“ Zu dieser Mitteilung erklärt die Vollbrotverwertungs-gesellschaft, daß sie die von der Reichsgroßschäpe erwähnten Entschäpungen als besagten erklären müsse. Sie werde sich bei der Entscheidung der Reichsgroßschäpe nicht beruhigen, sondern dagegen in Eingaben an den Reichskanzler, den preussischen Staatskommissar für Volksernährung, an die Ernährungs-kommission des Reichstages, Abgeordnetenhause und Herrenhauses sowie an das Junkkabinett des Kaisers appellieren.

Ein Zeichen der Zeit. Der Stadtrat von Glashütte hat die Stelle eines Ratsbeamten ausgeschrieben und in der Ausschreibung besonders darauf hingewiesen, daß sich nur unverschämte Bewerber melden möchten. Die Tatsache, daß nur unverschämte Bewerber Berücksichtigung finden können, wird damit begründet, daß Familienwohnungen in Glashütte nicht vorhanden seien.

Furchtbarer Beisitz. Lebendig verbrannt ist die 15-jährige Loti Strohmänn aus Weppen, der von einem Schüler ein brennender Schwefelkappen, wie man ihn zum Vertilgen von Wespennestern und dergleichen benutzt, von hinten an die Leiber geworfen wurde, wodurch diese Feuer fing.

Beim Baden ertranken bei Aschaffenburg im Main drei Personen.

Eine 80-jährige Greisin ermordet hat in Wien ein 27-jähriges Mädchen. Letzteres wohnte mit der alten Frau zusammen. Wiederholt hat sie dieselbe bestohlen. Als die alte Frau mit Anzeige drohte, ermordete das junge Mädchen sie und behielt die Leiche über 14 Tage lang in einem Korb in ihrem Zimmer. Jetzt hat sie gegen sich selbst Anzeige erstattet.

Die aussergewöhnliche Bildung. Eine seltsame Erscheinung ist jetzt in Wien zu beobachten: die Verfa sind so gut wie ausverkauft, und trotzdem aus Deutschland ständig neue bestellt werden, ist ein sechsundzwanzigjähriger Meyer, der stets für 70 Kronen zu haben war, nicht unter 250 Kronen zu beschaffen, während für den großen Meyer statt 300 über 800 Kronen zu zahlen sind. Während sich diese Preise aber teilweise durch die Verschlechterung der österreichischen Balula erklären, gilt dies nicht von anderen, zum guten Teile aus Oesterreich selbst stammenden Werken. Je teurer und größer sie sind, desto lebhafter werden sie begehrt und sind aus den Auslagen längst verschwunden; statt 20 muß man 80 bis 150 Kronen zahlen. Für illustrierte Werke, die den ungebildeten Kriegsgewinnlern doch noch einiges bieten können (mehr zumindest als viele Bücher, die ihnen ewig unverständlich bleiben werden), wird jeder Preis gezahlt. Der „Bildungs-hunger“ der neuen Reichen, der meist nur sehr äußerlich ist, hat Erscheinungen hervorgerufen, die von den wahren Bücherkäufern sehr beklagt werden, denn Bildung und Geldbeutel sind nicht gegenseitig bedingt.

Der Döbse auf dem Heuboden. In Fritz Reuters Döbse, „He heißt sich unepellid“ erinnert folgender Vorfall: Auf dem Dominium Thiergarten bei Wehlau war ein Döbse abhanden gekommen. Die juchenden Leute fanden ihn schließlich auf dem Heuboden, zu dem nur eine steile Treppe führt. Nur mit Mühe konnte das schwere, ungeladene Tier wieder hinuntergeschafft werden. Trotz seiner Ungelehrlichkeit führte der Döbse am nächsten Tag, das nämliche Kunststück noch einmal aus.

Der neue Brand in Stambul. Bei dem Brande sind den Klättern zufolge über 1.000 Häuser vernichtet worden. Die Zahl der Menschenopfer ist glücklicherweise sehr gering.

Zusammenstoß zweier Personenzüge. Mainz meldet aus St. Paul zur Vernunft: Auf dem Bahnhof St. Paul stießen zwei Personenzüge zusammen. Mehrere Tote und 40 Verwundete wurden festgestellt. Außerdem bedeutender Sachschaden.

Die älteste Zeitung der Welt. Die chinesische Staatszeitung „Kin-ko“ ist die älteste Zeitung der Erde. Sie erscheint seit mehr als tausend Jahren. Ihre erste Nummer, die im Jahre 911 herauskam, wird gleich allen weiterhin erschienenen im Pekinger Staatsarchiv aufbewahrt. Während all der vielen Jahrhunderte ihres Bestehens hat das Blatt sein Aussehen in nicht geringem Maße geändert, äußerlich betrachtet, macht die letzte Nummer demselben Eindruck, wie die erste. Nicht weniger als 15 Redakteure der chinesischen Staatszeitung sind Opfer ihres Berufes geworden, indem sie ihr Leben lassen mußten, was irgend etwas, was sie veröffentlichen wollten, den Unwillen der Machthaber erregte. Da muß es ja ein „Vergnügen“ gewesen sein, einer solchen Zeitung als Redakteur vorzustehen!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.